

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

DKP-Parteitag bekräftigte Solidarität mit Kuba

Was brachte Hannover?

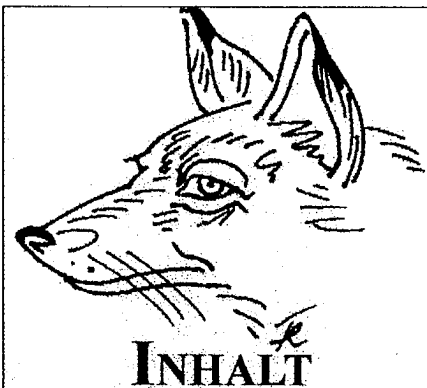
Der 14. Parteitag der DKP in Hannover fand in einer realistisch-optimistischen Atmosphäre statt. Die etwa 220 Delegierten der jetzt 6 600 Mitglieder zählenden Partei, an deren dreitägigen Beratungen 27 Abordnungen von kommunistischen Bruderparteien und nationalrevolutionären Bewegungen teilnahmen, bekannten sich leidenschaftlich zur internationalistischen Solidarität mit allen Kämpfern gegen den Imperialismus. Von der Tribüne des Parteitags wurde den politischen Gefangenen und Verfolgten, die sich wegen ihres Eintretens für den Sozialismus in der DDR Repressionen ausgesetzt sehen, der Gruß entboten. Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als der Leiter der kubanischen Delegation, Politbüromitglied Juan Carlos Robinson Agramonte, das Wort erhielt, um die Grüße der Kommunisten und des Volkes seines Landes zu überbringen. Kuba setzt trotz des in anderen Teilen der Welt eingetretenen Rückschlags den Aufbau einer Gesellschaft des realen Sozialismus allen Widrigkeiten zum Trotz siegesgewiß fort und durchbricht dabei immer erfolgreicher den Embargoriegel der USA. Mit großer Begeisterung wurde von den Delegierten ein weiteres Projekt der Hilfe für das sozialistische Kuba beschlossen. Nach der Verwirklichung von zwei Solidaritätsvorhaben in der Provinz Matanzas - einer Familienarztpraxis und eines Rehabilitationszentrums - soll im Frühjahr 1999 ein weiteres Familienarzt-Konsultorium entstehen.

Der Parteitag faßte eine Reihe von Beschlüssen. Dazu gehörte die Verabschiedung des Sozialismus-Papiers als „Arbeits- und Diskussionsmaterial“ für die programmatische Tätigkeit der DKP. Von linken Kräften des In- und Auslands war im Vorfeld von Hannover gewürdigt worden, daß sich deutsche Kommunisten zu einem Zeitpunkt des kleinkarierten Werkens und des Nichthinausblickens über den tagespolitischen Tellerrand kühn an die strategisch-programmatische Kernfrage der Zukunft - einen neuen Vorstoß zum Sozialis-

mus auch in unserer Region - herangewagt hatten. Im Verlauf der anderthalb Jahre währenden Diskussion wurden neben übereinstimmenden Auffassungen in vielen Fragen auch kontroverse Standpunkte unterbreitet, die auf dem Parteitag erwartungsgemäß ihre Widerspiegelung erfuhren. Das vorgelegte Dokument - von seinen Autoren ursprünglich als wichtiger Baustein für ein neues Parteiprogramm gedacht - fand nicht ungeteilte Zustimmung. Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost bezeichnete es in ihrem Verzicht auf Beschlußfassung empfehlenden Antrag als unausgereift, die reichen Erfahrungen der DDR nicht in Rechnung stellend und in einigen Fragen von Grundpositionen des Marxismus-Leninismus wegführend. Im Vorfeld des Kongresses wurde auch vom Parteivorstand selbst empfohlen, kein abgeschlossenes strategisch-programmatisches Papier, sondern bloß ein Material, das als Grundlage für die weitere Arbeit und Debatte dient, zu verabschieden. Das ist dann so geschehen. Man kann darin eine Bestätigung unserer Auffassung sehen, daß der durch die Programmkommission vorgelegte Entwurf noch unausgereift war. Auch eine Reihe von Veränderungen durch Anträge schuf da nur wenig Wandel. Leider wurde der Antrag der DKP Bonn, der den Sozialismus in der DDR als die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete, durch einen die Dinge arg verwässernden Vorschlag unterlaufen, der die DDR recht farbneutral als „Alternative“ zum deutschen Imperialismus darstellt - ein bißchen wenig für eine kommunistische Partei. Jetzt muß strikt darauf geachtet werden, daß der in Hannover gefaßte Gesamtbeschluß von niemandem so ausgelegt wird, als seien dort bereits alle Messen gesungen worden. Das ist nicht passiert. Die freimütige und kameradschaftliche Debatte geht weiter. Sie muß nun erst richtig beginnen, denn vieles ist noch gar nicht erarbeitet.

Zu den Beschlüssen des Parteitags - von der UZ in ihrer Schlagzeile sogar als die

(Fortsetzung auf Seite 2)



Vom 14. Parteitag der DKP	S. 1
Treffen DKP - PDS	S. 2
Wahlen 98	S. 3
* Müllers im Gespräch	
Gerhard Kohl oder Helmut Schröder?	S. 4
Die Jungen und der Alte	S. 4
* Mit Jugendlichen im Gespräch	
Miniaturen - die man ernstnehmen sollte	S. 5
* deutscher Militarismus	
Sommertage	S. 6
* Exklusiv von Heinz Keßler	
Protest oder Widerstand?	S. 6
Abgeschossen	S. 6
Frist, Frust und Frost	S. 7
* Wo einst „Knochen-Franke“ operierte	
Guten Morgen, Herr Oberinquisitor!	S. 8
Kohl und Kanther ziehen die Schraube an	S. 8
Unser Revier: HSH	S. 8
Thälmann-Freundeskreis:	S. 9
Ein DDR-Patriot aus Hamburg	S. 9
* Willi-Bredel-Broschüre erschienen	
Biskys Geschichtsbild	S. 9
Keinerlei Bremse?!	S. 10
* Was bedeutet MAI?	
Zwischenfall an Sorges Grab	S. 11
Aufstand der Zapatisten	S. 12
Leserbriefe	S. 13
Am Rande bemerkt	S. 15
Termine & Infos	S. 16

(Fortsetzung von Seite 1)

wichtigste Entscheidung der Delegierten herausgestellt - gehört die Wahloption für eine andere linke, demokratische und antifaschistische Partei, von der uns in ideologischen Fragen manches trennt: die PDS. Wir setzen uns für ihren Wiedereinzug in den Bundestag ein, rufen zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS auf und unterstützen in jenen Kreisen, in denen Direktbewerber der PDS eine reale Wahlchance besitzen, deren Kandidatur. Das ist ein faires, bündnispolitisch besonnenes, verantwortungsbewußtes Verhalten. Es wird nicht von Gefühlsaufwallungen, sondern von Realismus und Vernunft diktiert. Die PDS, der neben vielen neuen Genossinnen und Genossen auch noch etwa vier Prozent der früheren SED-Mitglieder angehören, ist nach ihrem Selbstverständnis keine kommunistische, marxistische oder revolutionäre Partei des Klassenkampfes der Werktätigen. Sie ist aber eine regional einflußreiche linke Kraft, deren Verbleiben im Bundestag möglich und wichtig ist.

In Hannover wurde ein neuer Parteivorstand gewählt. Besonders erfreulich: Mit der Aufnahme von vier weiteren Mitgliedern, die früher DDR-Bürger waren - Brigitte Müller (Brandenburg), Roland Wanitschka (Thüringen), Wilfried Gerbig (Sachsen-Anhalt) und Axel Kohlmann (Mecklenburg-Vorpommern) - erfuhr die Entwicklung der DKP zu einer gesamtdeutschen Partei einen starken Impuls. Es geht um eine echte Zusammenführung der sehr unterschiedlichen Erfahrungen west- und ostdeutscher Kommunisten, aus der zwangsläufig auch eine veränderte Partei entstehen muß.

Der Parteitag schloß mit einem mit reißenden Kulturprogramm „Salut an alle!“, an dem sich aus dem Bereich unserer Gruppe Genossin Prof. Ilse Eisen-Hagemann (Piano) aktiv beteiligte. Zum Abschluß des Konzerts stimmten alle Anwesenden die Internationale an.
S.R.

GERHARD BRANSTNER:

Ein heiterer Marxist

Kopfflosigkeiten

Stefan Heym attestiert der Wende, die „sanfteste Revolution in der neueren europäischen Geschichte“ gewesen zu sein, aber auch die „kopfloste“. Nun war die „Wende“ zwar eine klassische Konterrevolution, insofern ist ihre Kopfflosigkeit weniger betrüblich. Betrüblicher ist da schon, wenn ein Mann wie Heym Revolution und Konterrevolution nicht auseinanderhalten kann.

Kameradschaftliches Gespräch DKP - PDS

Treffen in Alt-Marzahn

Am 26. Mai trafen sich Kommunisten und Demokratische Sozialisten zu einem freimütigen und kameradschaftlichen Meinungsaustausch - von beiden Seiten als völlig normal betrachtet - im Landhaus (Marzahner Krug) in Alt-Marzahn. Von der PDS waren dabei: Stefan Liebich, Diplom-Betriebswirt, Mitglied des Abgeordnetenhaus und Vorsitzender der PDS Marzahn; Dr. Dagmar Pohle, Philosophin, Mitglied des Abgeordnetenhaus und stellvertretende Vorsitzende der PDS Marzahn; Tanja Thiele, Apothekerin und stellvertretende Vorsitzende der PDS Marzahn. Die DKP Nordost war durch ihren Vorsitzenden Dr. Klaus Steiniger, Jurist und Journalist; Dr. Annemarie Mühlefeldt, Ökonomin und Hochschullehrerin, Mitglied des Gruppenvorstandes; Frank Mühlefeldt, Ökonom und Oberst a.D. der NVA; Dr. Sigmar Eßbach, Rehabilitationspädagoge und Hochschullehrer, vertreten.

Das Gespräch war vor einiger Zeit zwischen beiden Parteien vereinbart worden, um den persönlichen Kontakt herzustellen und die Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten auszuloten. Als symbolisch kann die Tatsache betrachtet werden, daß der Ort der Zusammenkunft nur wenige Meter vom Kleinen Buchladen entfernt ist, wo der PDS-Genosse Klaus Baltruschat von einem neofaschistischen Attentäter niedergeschossen und schwer verletzt worden war. So stand das Anliegen, gemeinsam gegen rechts zu handeln, naturgemäß im Vordergrund. Auf Einladung der PDS Marzahn war Sigmar Eßbach bereits zuvor als Vertreter der DKP für einen Runden Tisch gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, an dem auch die SPD und die Grünen teilnehmen,

benannt worden. Zwangsläufig war der Wahlkampf ein zentrales Thema der Debatte. Die PDS, die in Marzahn 1.200 Mitglieder besitzt und bei den letzten Kommunalwahlen 45,8 Prozent der Stimmen errang, will auch im Bundestagswahlkampf mit ihrem Direktkandidaten Dr. Gregor Gysi erfolgreich sein. In dem Gespräch verwiesen die Vertreter der DKP auf den Beschluß des 14. Parteitag, zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS aufzurufen und chancenreiche Direktkandidaten dort zu unterstützen, wo keine eigenen Bewerber nominiert worden sind. Sie erklärten ihre Bereitschaft, an Volksfesten und Veranstaltungen mit DKP-Tischen teilzunehmen, um die eigenständige Politik ihrer Partei zu erläutern und zur Stimmabgabe für die PDS aufzurufen. Die Vertreter der PDS sicherten ihrerseits zu, auch in Zukunft Einladungen zur Einrichtung von DKP-Tischen auszusprechen und den Kontakt von PDS-Basisorganisationen zur DKP Nordost zu erleichtern.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Mitglieder der DKP Gründe dafür haben, in der DKP zu sein, während die Mitglieder der PDS ihre Gründe besitzen, dieser Partei anzugehören. Bestehende Unterschiede wurden weder verwischt noch verschwiegen. Dennoch stand Gemeinsames im Vordergrund. Von Stefan Liebich wurde der Wunsch geäußert, in Zukunft auch inhaltliche Diskussionen zwischen Genossen beider Parteien zu führen.

Die DKP Nordost und die PDS Marzahn waren sich darin einig, in Verbindung zu bleiben und von Zeit zu Zeit über Fragen gemeinsamen Interesses zu beraten.

Dr. Annemarie Mühlefeldt/
Frank Mühlefeldt



Berlin (Alt-Marzahn) Grafik von Arno Fleischer

Bei der DKP läßt sich streiten

Wahlen 98 - Müllers im Gespräch

Unlängst veranstaltete die Gruppe Nordost eine Podiumsdiskussion mit dem PDS-Kandidaten für die Stadtbezirke Pankow, Weißensee und Hohenschönhausen (Bundestagswahlkreis 261), MdB Manfred Müller. Er hatte sich angeboten, einer Einladung der DKP zu folgen. Zur Runde gehörten: Prof. Dr. Dr. Fred Müller, ehemaliger Prorektor der Humboldt-Universität (PDS), der Theologe Prof. Dr. Hanfried Müller, Autor und verantwortlicher Redakteur der „Weißenseer Blätter“, und die Lehrerin Brigitte Müller, Bezirksvorsitzende der DKP in Brandenburg.

Manfred Müller war Teilnehmern und Gästen kein Unbekannter. Seine Erklärung, er könne die Aufhebung des sogenannten Rückwirkungsverbots durch den 2. Senat des Bundesgerichtshofes für sich akzeptieren - die Entscheidung hatte zu Verurteilung, Verhaftung und Vollzug empfindlicher Freiheitsstrafen bei Politikern und Militärs der DDR geführt - war vor allem in seinem Wahlkreis auf heftigen Widerspruch und Protest gestoßen. Auch Manfred Müllers öffentliches Abrücken von der Erklärung des PDS-Parteivorstandes zur gerichtlichen Verurteilung des Genossen Egon Krenz hatte bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern Empörung ausgelöst. Daraufhin waren vom Vorstand der DKP-Gruppe Nordost den drei PDS-Bezirksvorständen im Wahlbezirk 261 Bedenken gegen eine neuerliche Aufstellung des MdB signalisiert worden.

Der parteilose, zur PDS-Gruppe zählende Bundestagsabgeordnete bestätigte mit seiner das Gespräch der vier Müllers eröffnenden Erklärung eigentlich nur den damals entstandenen Eindruck. Er machte keinen Bogen um heiße Eisen, auch wenn er manches nachträglich abzuschwächen oder zu retuschieren suchte.

Im Übrigen gab Manfred Müller interessante Aufschlüsse zur Person und Position. Man lernte ihn besser kennen. Ein langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, der die „Unabhängigkeit“ des DGB von der SPD betonte, bekannte er, daß er schon früher den Gedanken einer „Partei demokratischer Sozialisten“ als offene Sammlung linker Kräfte vertreten habe - allerdings ohne jede Nähe zu SED, SEW und DKP. Heute sehe er seine Vorstellungen in der PDS und deren Offener Liste verwirklicht. Manfred Müller bezeichnete die PDS als die einzige Partei, die einen tatsächlichen Politikwechsel in der BRD anstrebe. Er forderte eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn-

ausgleich, bekannte sich ohne Einschränkungen zum Grundgesetz und erklärte dessen Ausschöpfung im Sinne linker sozialpolitischer Vorstellungen zum Ziel. Hanfried Müller wies ihn daraufhin, daß die Rechten den Rand des Grundgesetzes längst übersprungen haben dürften, bevor er ihn auch nur erreiche.

Fred Müller machte deutlich, daß in der Bundesrepublik weder ein Machtwechsel noch - mit Schröder - ein echter Politikwechsel anstehe. Deshalb gehe es vor allem um die Stärkung und den Zusammenschluß der linken und wirklich antikapitalistischen Kräfte.

Brigitte Müller, Delegierte des 14. Parteitags und dort in den Parteivorstand gewählt, erläuterte den vom obersten Forum der DKP gefaßten Beschluß, zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS und zur Unterstützung aussichtsreicher PDS-Direktkandidaten aufzurufen. Sie bedauerte in diesem Zusammenhang die vom Schweriner PDS-Parteitag beschlossene Ausgrenzung von DKP-Mitgliedern bei der Aufstellung der Offenen Listen. Dies stehe im Widerspruch zu der von Manfred Müller eingangs abgegebenen Erklärung, es gehe um „linke Sammlung“. Auf dessen Bemerkung, die „Identität der PDS“ müsse gewahrt werden, unterstrich Hanfried Müller, daß sich alle Kandidaten der Offenen Liste zum PDS-Wahlprogramm bekennen müßten, was selbstverständlich auch für DKP-Mitglieder gelte. Er forderte die Einigung der deutschen, besser noch der europäischen Linken, nachdem die Rechte sich längst verständigt habe.

Irgendwelche prinzipiellen Äußerungen zur Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, um die unter ihr unlösbaren globalen sozialen und ökologischen Probleme überhaupt angehen zu können, waren dem MdB nicht zu entlocken. Er stehe für Bündnisse mit SPD und Grünen - das blieb für ihn das Credo. Für einen Bundeskanzler Schröder wolle er votieren, um einen Politikwechsel möglich zu machen.

Respekt ist Müllers Mut zu zollen. Er hatte sich furchtlos in die „Höhle des Löwen“ begeben und in Kauf genommen, mit seiner auf dem Podium und im Saal minoritären Position auf ein emotionell aufgeladenes Publikum zu stoßen. Manchmal schlugen die Wogen des Disputs hoch. Wiederholt wurde von den Kontrahenten der linken Runde und von DKP-Genossen unter den

Fragestellern politische Streitkultur eingefordert. Am Ende zeigte sich, daß man sich bei der DKP durchaus in Sachfragen duellieren kann, ohne vor einem Scherbenhaufen zu stehen.

Im Laufe des Abends stellte sich heraus, wo Manfred Müller im Einzelnen steht. Er ist keineswegs unser Traumkandidat. Die PDS hat ihn nach heftiger Debatte letztlich aufgestellt. Er ist jetzt ihr offizieller Bewerber. Daran halten wir uns.

Mit der Entscheidung für Manfred Müller leisten wir unseren Beitrag zum Zusammengehen von Linken. Es ist auch ein Beitrag zur Abwehr der nach 65 Jahren staatlich verordneter antikomunistischer Indoktrination erneut hochschäumenden schwarz-braunen Flut rechtsradikaler Bedrohung.

Unsere Wahlentscheidung drückt das ungeschmälerte Interesse der DKP daran aus, daß die PDS wieder in den Bundestag einzieht, weil sie die einzige Kraft ist, die dort überhaupt linke Positionen vertritt - so inkonsequent sie in vielen Fällen auch sein mögen.

Wir votieren im Wahlkreis 261 für Manfred Müller - nach einem Wahlkampf, bei dem wir unsere eigenständigen kommunistischen Inhalte einbringen und für die Stärkung der DKP werben -, weil wir zur Nichtwahl des CDU-Anwärters wie des CDU-identischen SPD-Kandidaten Ralf Hillenberg beitragen wollen.

Nach der sozialen Umschichtung und der Bevölkerungswanderung, die in vielen Ostberliner Stadtbezirken erfolgt ist, besteht die reale Gefahr, daß die PDS die bei Unterschreiten der bundesweiten Fünf-Prozent-Marke erforderliche Zahl an Direktmandaten nicht gewinnt. Wir wollen nicht mitverantwortlich sein, wenn die Rechte und deren Erfüllungsgehilfen im Bundestag unter sich bleiben sollten.

Die große gesamtdeutsche Manifestation vom 20. Juni in Berlin - freilich keine Aussage für eine politische Partei - hat deutlich gemacht, daß in unserem Land ein mächtiges Potential für eine neue Politik existiert. Der einzige Weg, in dieser Richtung vorzustoßen, ist die Stärkung und Bündelung derjenigen Kräfte, die einen neuen Kurs tatsächlich wollen.

Deshalb die erste und die zweite Stimme in Berlin für die PDS!

Dr. Hartwig Strohschein

Eine lebhafte Runde

Die Jungen und der Alte

Wer hätte das gedacht? Ein Großvater und DKP-Genosse war bei rund 20 jungen PDS-Mitgliedern und - Sympathisanten - klugen und aufgeschlossenen Mädchen und Jungen - gefragt.

Als Vertreter des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Strafverfolgung in Deutschland hatten sie mich zu einem Diskussionsnachmittag zu sich eingeladen. Obwohl an diesem Samstag die Sonne durch die Fenster der PDS-Geschäftsstelle in Weißensee strahlte und jedermann nach draußen lockte, wollten die jungen Genossen ihr Wissen über aktuelle Fragen und die „Geschichtsaufarbeitung“ durch die Bonner Justiz erweitern.

Mehr als drei Stunden saßen wir zusammen und sprachen über die vielfältigen Formen der Kriminalisierung und Verfolgung unbescholtener Menschen, die als „Monster“ der „SED-Diktatur“ der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die „Fälle“ von Heinz Keßler, Gerda Klubuhn, Karl Leonhardt, Klaus-Dieter Baumgarten und anderen wurden mit Anteilnahme diskutiert. Großes Interesse gab es auch für die Kundschafter des Friedens und ihr heutiges Los. Wie man den politisch Gemaßregelten und ihren Angehörigen helfen könne, wurde gefragt.

Ein weiter Gesprächsbogen spannte sich in der lebhaften Runde. Geschichtliche Erfahrungen aus dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung, Probleme der Bündnispolitik und der Aktionseinheit Linker, der Widerstand gegen die Neonazi-Gefahr in der BRD waren ebenso Gegenstand des freimütigen Gesprächs wie das Zusammenwirken parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte.

Fragen und Standpunkte gab es in diesem Kreis in Hülle und Fülle. Genosse Leif Riemann, Mitglied des Bezirksvorstandes der PDS Weißensee, leitete mit Umsicht. Ehrlich gesagt: Der Nachmittag tat mir gut, denn eine gehörige Portion jugendlicher Schwung, der zum Ausdruck gebrachte Wille, gemeinsam für eine bessere Gesellschaft zu streiten, der allenthalben mitschwingende Respekt zwischen den Generationen und die Verbundenheit unter Linken sagten mir zu. Sie war für alle das bestimmende Motiv. Die selbstverständlich-freundliche Verabschiedung „... na, dann bis zum nächsten Mal“, hat mir das Herz gewärmt. Ich lasse mich gerne wieder einladen und bin zu einer neuen Runde bereit.

Kurt André

Einzig Alternative: PDS wählen

Gerhard Kohl oder Helmut Schröder

Da viele Menschen nach 16 Jahren Kohl endgültig genug von ihm und seiner Politik haben, übt Strahlemann Schröder eine eigenartige Faszination auf breite Wählerschichten aus. Die daraus entstandene Sogwirkung könnte auch potentielle PDS-Wähler erfassen. Deshalb sollte die Losung „Kohl muß weg“ durch „Laßt Euch von Schröder nicht verKohlen“ ergänzt werden. Denn Schröder repräsentiert wie kein anderer jene in der SPD, die gegenüber der neoliberalen Konterrevolution des Kapitals längst die Waffen gestreckt haben und im Rahmen sozialdemokratischer Politik nur noch sozialen Fassadenputz betreiben. Innerhalb der SPD ist die Linke schon lange an den Rand gedrängt. Unter Schröder wird sie gänzlich verstummen, es sei denn, bei den Wahlen wächst der Druck von links.

Wer SPD wählt, wählt deshalb die Fortsetzung der CDU-Politik mit SPD-Mitteln. Deshalb muß allen linken potentiellen SPD-Wählern klar gemacht werden, daß die Linke innerhalb der SPD nur wieder Gehör findet, wenn sie PDS wählen. Nur wenn die Herrschaften im dominierenden rechten Flügel der SPD in Bonn merken, daß die Menschen im Land keine CDU-Politik unter einem SPD-Mäntelchen wollen, wird der erhoffte Ruck eintreten. Aber jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für verKohlte Politik.

Schröder tut alles, um sich für das Kapital wählbar zu machen. Nicht umsonst hat er in seiner Partei den Spitznamen „Genosse der Bosse“. Für ihn gibt es nach seinen eigenen Worten „keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern nur noch eine moderne Wirtschaftspolitik“. Und was heute als „modern“ gilt, das kann jeder in den kapitalfreundlichen Medien erfahren: Die Amerikanisierung unserer Gesellschaft; der Staat soll sich aus der Wirtschaft zurückziehen, Deregulierung, Liberalisierung. Mit anderen Worten: Sozial- und Lohnabbau. Und das alles zwecks Volksverdummung unter dem Begriff „Reformen“.

Nach Schröder wird der freie Markt bzw. die Marktwirtschaft das Problem der Arbeitslosigkeit schon richten. Dafür aber müssen erst einmal die Löhne niedrig genug sein. Dann werden auch wieder mehr Leute eingestellt, sei es auch nur zu Hungerlöhnen. Daß Schröder sich mit einer solchen Politik identifiziert, ist nicht aus der Luft gegriffen: „Eine moderne Sozialpolitik läßt sich ohne Veränderung des sozialen Besitzstandes nicht machen“, verkündete er. Daß Schröder dabei nicht an den Besitzstand

der Reichen und Superreichen denkt, machte er mit folgender Aussage klar: „Und wegen der Globalisierung müssen wir uns in der Tat überlegen, was wir an staatlicher Fürsorge noch leisten können“. (FOCUS, Nr. 19/1997) Damit macht sich Schröder das Argument der Unternehmer zueigen, mit dem diese die Lohnabhängigen „disziplinieren“ wollen. Wahrlich - ein „moderner“ SPD-Kanzlerkandidat!

Geme läßt sich Schröder auch mit Toni Blair vergleichen. Gut sichtbar lag nach dessen Wahlerfolg in England Blairs Buch auf Schröders Schreibtisch. Blair hatte den Unternehmern vor der Wahl versprochen, daß unter seiner Regierung die britischen Gewerkschaften die schwächsten in Europa würden. Auch unter Schröder können die Kapitaleigner getrost in die Zukunft blicken.

Sogar der widerborstige Milliardär und Industriepresident Hans-Olaf Henkel hat an Schröders Programm Gefallen gefunden. Im Unterschied zu seinen weniger weitsichtigen Unternehmerkollegen hat er die Chance erkannt. Denn: Unter einem SPD-Kanzler Schröder dürfte der angestrebte Sozial- und Lohnabbau einfacher zu bewerkstelligen sein als unter der jetzigen Regierungskoalition, weil das Vertrauen der Lohnabhängigen in die „soziale Kompetenz“ der SPD immer noch - wenn auch zu unrecht - sehr hoch ist. Umfragen belegen das. Deshalb erwarten die Menschen von der SPD am ehesten, daß sie die angeblich so dringend notwendigen „Reformen“ sozial verträglich gestaltet. Eine bittere Enttäuschung steht ihnen ins Haus.

Im Moment legt Schröder allerdings noch eine wahlkampfbedingte „soziale Nebelwand“. Wie üblich werden Versprechungen gemacht. Aber deren Nichteinlösung ist bereits programmiert, denn - so heißt es stets - alles stehe „unter einem strikten Finanzierungsvorbehalt“. Und die Kassen sind leer, dort aber, wo das Geld ist, will es die SPD nicht holen.

Keiner soll nachher sagen, er habe nichts davon gewußt! Als Schröder das SPD-Wahlprogramm der Öffentlichkeit präsentierte, sagte er im Klartext: „Wer das Programm liest, der wird feststellen, daß es das entschieden marktwirtschaftlichste ist, das die SPD je vorgestellt hat“. Na, bravo! Nach der Wahl werden dann die angeblichen „Sachzwänge“ des globalen Kapitalismus die Einlösung der ohnehin schwammigen Wahlversprechen sowieso verhindern.

Rainer Rupp

MINIATUREN - die man ernstnehmen sollte

Ein Bundeswehrgeneral außer Dienst - abgestellt mit dem Auftrag, Kohls Reichshauptstadt „störfrei“ zu machen - sorgte vor dem Roten Rathaus für Ruhe und Ordnung. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in einem von 7.500 Polizisten geschaffenen innerstädtischen Kasernenhof, sollten Rekruten vereidigt werden, auf eine „Bundesrepublik“.

Ein Teil dieser „Bundesrepublik“ stand außerhalb von Ruhe und Ordnung und piff unüberhörbar den Staatsakt nieder. Das Musikkorps spielte den „Marsch von Königgrätz“. In der Schlacht von Königgrätz hatten Bismarck und seine Hohenzollern Oesterreich aus dem deutschen Nationalverband hinausgeboxt, damit im künftigen Einheits-Deutschland Preußen die Vormacht erhielt. Zum Schluß spielte die Bundeswehrcapelle den Marsch „Fridericus rex“.

Vorher hatte Kohl dem Präsidenten Clinton in Potsdam ein Diner gegeben. Die Speisen mußten in das denkmalgeschützte Schloß Sans souci aus der Küche des Nobelhotels Cecilienhof herangeschafft werden. Dann lobte Clinton die preußische Sparsamkeit.

Der Präsident ist historisch so unbedarfte wie der Kanzler. Hatte Kohl schon Clintons Vorgänger Reagan in Bitburg an die Gräber jener SS-Mörder geführt, die während Hitlers Verzweiflungsoffensive in den Ardennen - verkleidet als US-Soldaten - Kämpfer der Antihitlerkoalition ermordet hatten (aparterweise attachierte Kohl dem Präsidenten den Nazi-Luftwaffenhelden Steinhof, mit allen Hitler- und Kriegssorden auf der Brust) - so hatte auch das Essen im Schloß des Fridericus rex seinen tiefen Sinn.

Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe war nicht geladen (Rache eines dicken kleinen Mannes für Sachsen-Anhalt?). Dabei hat Stolpe den Zeitgeist wohl verstanden: Bei der Überführung der Hohenzollerngebeine nach Potsdam hatte er am 11. April 1991 sein Geschichtsbild dargelegt: „Als der Turm der Garnisonkirche durch diktatorische Willkür im Jahre des Prager Frühlings stürzte, wurde der Keim in unsere Herzen gesenkt, dieses System auf Dauer nicht zu ertragen. Wer unsere Tradition mit Füßen tritt, konnte in diesem Lande keine Perspektive haben ...“

Und ich hatte für die sozialdemokratische Tradition immer das Bebelische „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ gehalten. In der Garnisonkirche sind Hindenburgs deutschnationale, zum Teil noch feudale Reaktion und Hitlers imperialistisch-faschistische Diktatur die Ehe eingegangen, abgesegnet von Bischof Dibelius. Und Friedrich II. ?

Dieser König hatte etwas gegen Humanisten, Demokraten, Wissenschaftler und Künstler. Verfolgung, Berufsverbot, Vertreibung, Zensur von Wissenschaft, Kunst und Andersdenkenden hatten in Friedrichs Preußen ihren Hort. Der „freisinnige, liberale König“ hat vermutlich gar nicht gewußt, daß es in seinem Land einen Philosophen namens Kant gab. Den größten Aufklärer sei-

ner Zeit, Lessing, nahm Fritz nur zur Kenntnis, indem er ihm Aufenthalt und Existenzminimum in Berlin verbot. Schließlich hatte Lessing Preußen „das bis auf den heutigen Tag sklavischste Land Europas“ genannt. Dasselbe widerfuhr namhaften Juden - sogar dem Reklamejuden Mendelssohn: Dieser war nur als Bankier und Finanzier der Friederichschen Kriege an der Hofafel gelitten. Der preußische Dichter und Philosoph Kleist wurde von „preußischem Geist und Tugenden“ verfolgt und förmlich in den Freitod getrieben; seine Stücke waren in Preußen verboten, nie konnte er eins seiner Werke auf der Bühne genießen. Nach acht Jahren Dienst als Leutnant schrieb er seinem Lehrer und Freund Christian Ernst Martini, das preußische Militärwesen sei „ein lebendiges Monument der Tyrannei“, der Soldatenstand mache „einen üblen Eindruck auf meinen Charakter“, „beim jetzigen Zustand der Armeen ist es unmöglich, diesen Stand mit meinen moralischen Prinzipien in Einklang zu bringen.“ Heinrich Heine wurde vom preußischen Staatsapparat in die Emigration getrieben und verstarb in Paris in seiner „Matratzengruft“. Georg Weerth, von Karl Marx als „der erste Dichter des deutschen Proletariats“ gepriesen, mußte Preußen nach dreimonatiger Haft verlassen und starb auf Kuba an Gelbsucht. Jaja, der liberale Fritz und sein Preußen als Vorbild, der Geist von Potsdam, Ruhe und Ordnung vor dem Roten Rathaus, Kohl und Clinton an Friedrichs Hofafel und der Eid auf die Bundesrepublik ...

Aber Friedrich II. hatte noch Schlimmeres auf dem Kerbholz. Kaum König, zettelte er eine Reihe von Kriegen an, der letzte währte sieben Jahre. Bei der Ersten Polnischen Teilung riß er sich Westpreußen, das Ostpreußische Ermland und den Netze-Distrikt unter den Nagel. Im Westen hatte er das Fürstentum Ostfriesland „erworben“. Preußen war „eine Armee mit einem Staat“.

Kohl hatte Clinton besser ins Schloß Cecilienhof eingeladen. Dort wurde nämlich 1945 ein gewisses „Potsdamer Abkommen“ geschlossen. Einer der Vorgänger Clintons und der Vorgänger des britischen Premiers, Roosevelt und Churchill, hatten es mit vorbereitet. Stalin, Truman und Attlee hatten unterschrieben, daß ein einiges, entmilitarisches Deutschland zu entnazifizieren sei und niemals mehr Ausgangspunkt eines Krieges werde, das niemals mehr eine Mutter ihren Sohn beweinen dürfe - weshalb Enteignung und Bodenreform zu erfolgen hätten. Damit haben Kohl und Clinton wohl so wenig im Sinn wie es Roosevelt und Truman, Churchill und Attlee, Adenauer, Kiesinger und Ehrhard, Schumacher, Ollenhauer und Brandt hatten und Lafontaine und Schröder haben. Welcher NATO-Erweiterung-bis-zum-Ural-Politiker, welcher Eroberer des Balkan, welcher Kriegsherr in Libanon, Somalia und Irak, welcher Mochtegern-Schöpfer eines Groß-Albanien würde gern ans

Potsdamer Abkommen erinnert werden, das ja wohl ein friedliches Europa zum Ziel hatte. Da sind Geist von Potsdam und Fridericus rex eher im Trend. Wie sagte doch Herr Stolpe: „Wer unsere Tradition mit Füßen tritt, konnte in diesem Land keine Perspektive haben.“ Da sind Kohl und seine Kasper Ruhe, Schönbohm und Hauser gefragt: „Lernt gefälligst deutsch, ihr Ausländer!“ Ob diese Tradition allerdings Perspektive hat, darf füglich bezweifelt werden.

Karl-Eduard von Schnitzler

Traditionen...



1848: Preußisches Militär schießt auf Revolutionäre



1919: Konterrevolutionäre Truppen schlugen die Novemberrevolution nieder



1933: Hitler und Hindenburg - deutscher Faschismus und Militarismus im Bunde



1998: Deutsche Kampfflugzeuge stehen bereit zum Krieg gegen Jugoslawien

Protest oder Widerstand?

„Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht“, hat Ulrike Meinhof vor ziemlich genau 30 Jahren gesagt. Dieser Begriff hat auch eine objektive Gültigkeit. So gibt es heute welche, die protestieren gegen „zu viele Fremde“ und gegen „Kommunisten“ und vor allem gegen „kriminelle Ausländer“. Gegen letztere besonders tun es Frey, Kantner, Hintze, Kohl und auch Rotkohl Schröder gemeinsam, über stilistische Abweichungen hinweg. Den Widerstand praktizieren andere, die Flüchtlingsheime anzünden, Ausländer und „Kommunisten“ jagen, niedertreten, erschlagen. Das ist eine rechte und gerade Entwicklungslinie vom Protest zum Widerstand.

„Protestwähler“ hätten in Massen für die DVU gestimmt, liest man überall. Das ist ebenso banal wie verharmlosend. Auch ohne die pseudowissenschaftlichen Analysen meinungsmachender Meinungsforscher, die es 1932/33 noch nicht gab, läßt sich sagen, daß ein wesentlicher Teil der SA-Banden und der Wählermassen, die damals faschistischen Terror ausübten und für ihn stimmten, dieses aus Protest taten. Aus Protest gegen die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, gegen die eigene unerträgliche Lage. In der dumpfen Hoffnung, daß der Faschismus ihre Situation ändere, und ohne sich unter dieser Änderung schon das Grab in sowjetischer oder anderer fremder Erde vorzustellen ...

Was ist das für ein „Protest“, der Menschen dazu bringt, rassistisches, nationalistisches, zutiefst menschenverachtendes Faschistenpack zu wählen? Herbert Grünstein, deutscher Kommunist, Jude, Internationalist, so als Kämpfer für Spaniens Freiheit in den Interbrigaden, und später DDR-General schrieb in seinen Erinnerungen, daß die faschistische „Herrenmenschen“-Ideologie darauf abzielt, „eine Räubermoral zu züchten und das Gefühl für die einfachsten menschlichen Werte abzutöten“. Eine Wahrheit, die wir alle uns genau einprägen sollten.

Was Menschen dazu bringt, in Menschen anderer Nationalität, Hautfarbe, Kultur nicht mehr Schwester und Bruder zu sehen, ist ein Sieg dieser Ideologie. Kein Protest. Was diese verbrecherische Ideologie besiegen kann, sind konsequenter Internationalismus und unverbrüchliche Solidarität mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten auf der Welt. Ohne eine solche internationalistische Politik bleibt die Behauptung, der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit entzöge den Faschisten ihren Nährboden, stumpf und könnte sogar fatal werden: Daß die Massenarbeitslosigkeit der Entwicklung des kapitalistischen Systems immanent ist, wissen wir von Marx. Von den Nazi-Faschisten aber wissen wir, wie im Kapitalismus Arbeitslosigkeit nationalistisch und rassistisch „bekämpft“ wird.

„Protest“ ist als Bezeichnung des Verhaltens der Wähler faschistischer Parteien so verfehlt wie das neudeutsch verordnete Wort „verordnet“ für den Antifaschismus (ach, hätten wir in der BRD nach 45 ihn doch verordnet bekommen - statt Globke, Heusinger, Speidel, Schleyer und so weiter ...): Die Entscheidung wird getroffen zwischen anti-humanistischer und humanistischer Weltanschauung. Aus letzterer folgt die linke Entwicklungslinie vom Protest zum Widerstand.

Werner Hoppe, Hamburg

Exklusiv für „RotFuchs“

Sommertage

In Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen konnte man in den vergangenen Tagen lesen, hören, sehen, daß die NATO-Mächte - mittendrin laut und unübersehbar die offizielle Bundesrepublik Deutschland - die Bombardierung jugoslawischer Städte und Dörfer, von deren Bevölkerung fordern und planen. Vorerst, sozusagen zur Einstimmung, wurden Luftmanöver über Albanien und Mazedonien durchgeführt. Nach dem Motto: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“. Anders ausgedrückt: Bist du nicht bereit, die Gesetze des nach Profit strebenden Kapitals anzuerkennen, werden wir es dir auf andere Weise beibringen.

Da werden Ereignisse der Vergangenheit lebendig. Die Bombardierung der Spanischen Republik durch die deutsche Legion Condor. Der unter dem menschenverhöhnernden Spruch „Wir werden euch in die Steinzeit zurückbomben“ durchgeführte Vernichtungsfeldzug gegen das vietnamesische Volk. Wie unsagbar schrecklich und groß die Opfer waren, ist bekannt. Oder es sollte bekanntgemacht werden. Alles im Namen der Demokratie, gegen den Kommunismus.

Erinnern wir uns: In der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1941 setzte vertrags- und wortbrüchig die massenhafte Bombardierung des sowjetischen Grenzgebietes durch das imperialistische, faschistische Deutschland

ein. Der längst begonnene Zweite Weltkrieg mit seinen rücksichtslosen, grausamen Bombardierungen vieler europäischer Städte und Dörfer war in seine entscheidende Phase eingetreten.

Die Entschlossenheit, der Wille der Volker der Sowjetunion sowie der Verbündeten, der weltweiten antifaschistischen Bewegung bereiteten diesen entsetzlichen Vorgängen in den Maitagen 1945 ein Ende. Zuvor aber waren die Bombardements auf deutschen Boden zurückgeschlagen. Denken wir an unser Gelöbnis: Niemals darf das wieder geschehen.

Und nun in diesen Sommertagen plant man erneut den Abwurf von Bomben auf ein Volk. An dem Willen der Drohenden, es zu tun, ist nicht zu zweifeln.

Man erklärt uns, dies seien „friedensschaffende, friedensfördernde Maßnahmen“. Welch ein Hohn auf den weltumspannenden Begriff Frieden, der die Sehnsucht aller aufrechten Menschen unabhängig von ihrem Glauben, ihrer Weltanschauung, ihrer Parteizugehörigkeit ausdrückt.

Sommertage sollen Sommertage im Frieden sein. Das anhand der historischen Ereignisse und der gegenwärtigen Gefahren immer wieder zu vermitteln, ist unsere Pflicht. **Heinz Keßler, 11. Juni 1998**

Kommentiert

Abgeschossen

Gefühle, Gedanken werden mittels Sprache geformt. Am 16. Juni hatte der „Berliner Kurier“ vor Geschäften in Köpenick Tafeln mit folgendem Text aufgestellt: „Klinsi und Möller schossen Amis ab“. Gemeint war der Sieg der deutschen Fußballmannschaft in Paris über die USA-Mannschaft am Vortag.

Zum ersten Mal schossen Deutsche Amis im Sommer 1943 ab, als USA-Bombengeschwader am Tage (nachts machten das die Briten) Städte und Rüstungsbetriebe angriffen. Die schwersten Verluste hatten die Amis beim Angriff auf die Kugellagerfabrik in Schweinfurt, weil sie noch keine Fernjäger zum Schutz gegen die Jagdflieger der Nazi-Luftwaffe besaßen.

Übrigens kann man auch mit Farben Gefühle beeinflussen. Siehe die Trikots der deutschen Mannschaft, die am 15. Juni die Amis abschöß.

Auf weißen Trikots sieht man Ringe: Schwarz, dann weiß, rot, wieder weiß und schließlich gelb. Also zwischen das Schwarz, das Rot und das Gold der deutschen Nationalfarben wurde immer noch ein weißer Streifen eingefügt. So drängte sich in den Blick das Schwarz-Weiß-Rot, das folgende Weiß/Gelb fiel nicht besonders auf.

Soll Schwarz-Weiß-Rot künftig wieder, wie nach dem Sieg über Frankreich 1871, die deutsche Nationalflagge sein? Soll so etwa Schwarz-Rot-Gold abgelöst werden? Denkbar wäre selbst das.

Jedoch ist nicht zu erwarten, daß wieder Amis abgeschossen werden. Eher schon Jugoslawen und andere verbrecherische Untermenschen.

Walter Florath

Wo einst „Knochen-Franke“ operierte

Frist, Frust und Frost

Einer Operation wegen mußte ich mich unlängst ins Krankenhaus Berlin-Pankow begeben. Dort erlebte ich, wie eine Frist zu Frust und Frost geführt hat.

Ein bloßes Wortspiel? Keineswegs. Wie alles zusammenhängt, werde ich gleich erklären. Doch unsere kleine Geschichte hat eine kurze Vorgeschichte. Das Städtische Krankenhaus Berlin-Pankow - nach der Konterrevolution wurde es der Caritas zugeschlagen - genoß zu DDR-Zeiten landesweit einen hervorragenden Ruf. Seine Chirurgische Klinik, die besonders auch knochenverletzte Leistungssportler betreute, vollbrachte wahre Wunder. Das eingespielte Kollektiv solide ausgebildeter Ärzte und Schwestern leistete eine große Arbeit. An seiner Spitze stand mit Prof. Dr. Kurt Franke - kurz „Knochen-Franke“ genannt - ein Spezialist von internationalem Rang. Doch er war mehr als Arzt. Er war ein überzeugter Kommunist, der für sein sozialistisches Land jederzeit eintrat. Als mit der Konterrevolution von 1989/90 die Hochkonjunktur für Wendehäse und Überläufer einsetzte, wurde Genosse Franke von den neuen Machthabern „abgewickelt“. Daraufhin gründete er zusammen mit zwei anderen Fachärzten eine Gemeinschaftspraxis mit Tagesklinik, zu deren Patienten auch ich gehöre. Schon an die 70, hält er noch einmal in der Woche seine Sprechstunde ab. „Für meine Fans“, pflegt der Professor scherzhaft zu sagen. Als er meine Einweisung in das Krankenhaus Pankow regelte, sagte er nüchtern, nicht jeder sei ihm dort mit Fairneß begegnet, als man gegen ihn vom Leder gezogen habe, fügte aber sofort hinzu: „Die Ärzte sind überwiegend noch aus meiner Zeit. Einige habe ich selbst mit betreut. Sie verstehen ihr Metier, sind erfahrene Operateure. Du bist dort in guten Händen.“

Außer der Frage am Aufnahmeschalter, ob ich einer Religionsgemeinschaft angehöre, ist von der Übernahme des Krankenhauses durch die Caritas eigentlich nichts zu spüren. Lediglich ihr Name steht auf den Formularen, mit denen jeder Patient, den man nun ganz geschäftsmäßig als „Kunden“ behandelt, sofort überschüttet wird. Die diversen Fragebögen und persönlichen Erklärungen erinnern fatal an die Beipackzettel von Medikamenten. Alle nur denkbaren Risiken werden beschworen. Auf sie wird man vorsorglich hingewiesen, damit die Anstalt nicht zahlen muß, wenn etwas schiefgeht. Dann hat der Kranke in Seehofers Reich den Schwarzen Peter.

Die Zimmer des wohl in den 70er Jahren errichteten Bettenhauses, in dem auch die Chirurgie untergebracht ist, sind angemessen ausgestattet. Sie besitzen eigene Sanitärzellen und verfügen sogar über kleine graue Balkons, von denen man in den Park schauen und dem Vogelgezwitscher lauschen kann. Eine Klinik im Grünen, in der man gesund werden sollte.

Doch irgendwie ist der Wurm drin. Obwohl alles seinen Platz hat und jeder das Seine tut, hört man fast, wie es knistert. Die Arbeit ist den meisten nicht mehr Bedürfnis, sondern nur noch ökonomischer Zwang. Etwas Imaginäres liegt in der Luft. Die Entsolidarisierung jener, welche früher ein großes und oft auch schwatzhaftes Kollektiv bildeten und Freud wie Leid einander anvertrauten, scheint zu funktionieren. Nicht die kleinste Verantwortung wird freiwillig geschultert. Alles bedarf der Anordnung von höherer Stelle. „Fragen Sie Frau Doktor“, heißt es, wenn man um eine Kopfschmerztablette bittet. Liegt es vielleicht am etwas autoritären Leitungsstil der Stationsärztin? Warum will sie alle Fäden unbedingt in ihrer Hand behalten? Ist die scheinbare Entmündigung ihrer Mitarbeiter nicht auch ein Akt des Selbstschutzes? Denn nicht nur die Patienten werden zur Kasse gebeten, wenn etwas passiert. Auch Ärzte und Schwestern.

Im Zimmer 330 stellen wir unsere Vermutungen an. Ach ja, ich habe vergessen, den Lesern meinen Bettnachbarn vorzustellen. Dieter ist 55 und kommt aus dem westlichen Erzgebirge. Sein behandelnder Arzt hat ihn wegen einer notwendig gewordenen Operation des rechten Schultergelenks in die „berühmte Pankower Klinik“ überwiesen. Dieter ist ein intelligenter, sympathischer und offener Typ. Wir machen uns schnell miteinander bekannt. Die Eltern besaßen eine Bauernwirtschaft. Dort hat er - nach nur acht Schuljahren - zunächst gewirkt. Dann war der technikinteressierte Junge einige Jahre LKW-Fahrer, bis er auf Bagger und Turmdrehkräne umstieg. Vor vier Wochen wurde Dieter während seiner Krankheit arbeitslos. Die 100-Mann-Firma hat „über Nacht“ Pleite gemacht. Er wette, daß der Unternehmer, ein gerissener Bursche, schon in wenigen Wochen einen „neuen Laden“ aufmache und ein paar jüngere Leute einstelle. Aber ihn habe man nach mehr als zwanzigjähriger Betriebszugehörigkeit ohne Abfindung einfach auf die Straße geworfen. „Kapitalismus pur“ bemerke ich kurz. „Ja“, sagt Dieter mit mich erstaunender Direktheit, „hätten wir vor der Wende nur ein bißchen tiefer reingucken können, dann wäre das, was wir hatten, von uns nicht so einfach weggegeben worden. Trotz des Positiven - wir haben keinen guten Tausch gemacht.“

Und da ist diese merkwürdige Atmosphäre unter den sicher tüchtigen Frauen, die auf der Station tätig sind. Wir spüren einen tiefen Frust, der als Frost an uns „Kunden“ - das schwächste Glied in der Kette - weitergereicht wird.

Was aber sind die wirklichen Gründe für das mich schockierende Klima? Schließlich gelingt es uns, sie wenigstens andeutungsweise zu erfassen. Die in der Mehrzahl schon älteren Schwestern beschränken sich im Gespräch auf das Notwendigste und schweigen

verbissen, sobald ein weiterer Zuhörer in der Nähe erscheint. Existenzangst herrscht in der Klinik. Die Angst vor der Entlassung. Und jene, welche den Mund aufmachen, wären sicher nicht die letzten, die bei anstehenden Kündigungen gefeuert würden. Schon hat es sie gegeben, wir hören von der Schließung einer ganzen Station. Und dann ist da noch die Frist: Das Damoklesschwert, das über allen hängt. Binnen Jahres soll das Bettenhaus geschleift werden. Denn ein früherer Plan, ein neues Gebäude an seiner Stelle zu errichten, ist vom dezimierungswütigen Senat verworfen worden. Wozu auch so viele Betten im Osten der Stadt? Rotstiftpolitik. Da geht Kurt Frankes einstiges „Hauptquartier“ eben den Weg alles „Maroden“. Warum sollte der Klinikbau stehen bleiben, wenn der „asbestverseuchte“ Palast der Republik über den Jordan geht?

Wird das Haus aber abgerissen, wohin dann mit den Ärzten und Schwestern? Man munkelt, es sei beschlossene Sache, daß sie in den Neubau des Pankower Caritas-Mutterhauses „Maria Heimsuchung“ umziehen würden. So weit, so gut. Aber betrifft es alle oder nur einen Teil? Und wer steht auf der Abschußliste und wer nicht? Das alte Prinzip: Teile und herrsche. So verkriecht sich jeder in sein Schneckenhaus und läßt nicht einmal die Fühler blicken. „Wir dürfen über solche Fragen nicht mit Ihnen sprechen“, erfahre ich zum soundsovielten Male. Dieter stimmt mit mir überein: „In der DDR konnte man in der Kneipe wenig sagen, aber im Betrieb durfte man das Maul weit aufreißen. Heute ist es genau umgekehrt.“ Demokratie vom Feinsten!

Am 8. Mai blickt Dieter auf den Lautsprecher in unserem Zimmer. „Eigentlich könnten sie ein bißchen Marschmusik spielen. Schließlich haben wir heute den Tag der Befreiung“, verblüfft er mich.

Verwechselt er gar die Zeiten? „Knochen-franke“, der große Arzt und alte Kommunist, hält nicht hier, sondern anderen Ortes seine Sprechstunde ab. Und dennoch: Ein kleiner Sonnenstrahl ist durch die Wolkendecke gedrungen.

Dr. Klaus Steiniger



Aber gegen den Seehofer halten wir zusammen, Herr Ost-Kollege

Unser Revier:

Hohenschönhausen



Das im 13. Jahrhundert gegründete Straßendorf Hohenschönhausen gehört seit 1920 als Ortsteil des damals neu gebildeten Verwaltungsbezirks Weißensee zu Berlin. 1985 ging aus der Zusammenlegung der zu Weißensee gehörenden Ortsteile Hohenschönhausen, Falkenberg, Malchow und Wartenberg der 10. Stadtbezirk der Hauptstadt der DDR hervor.

In den vier zum heutigen Stadtbezirk Hohenschönhausen zusammengeschlossenen Weißenseer Ortsteilen gab es während des von den deutschen Faschisten entfesselten zweiten Weltkrieges an bisher 14 bekannten Standorten Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Auf dem St. Hedwigsfriedhof erinnern Gedenksteine an die dort in Massengräbern beigesetzten mehr als 2.000 sowjetischen, polnischen, belgischen und holländischen Staatsangehörigen.

Ab 1954 entstanden auf dem Gelände von Neu-Hohenschönhausen die umfangreichen Sportkomplexe des Dynamo-Forums. Mit Beginn der 70er Jahre begann die Errichtung der ersten Neubauviertel in Plattenbauweise. Am 9. Februar 1984 erfolgte auf den ehemaligen Rieselfeldern die feierliche Grundsteinlegung für das erste Wohnhaus des neuen Stadtbezirks. Schon im darauf folgenden Jahr konnten 8.600 Neubauwohnungen bezogen werden.

Am 1. September 1985 nahm der Rat des Stadtbezirks Hohenschönhausen seine Amtsgeschäfte auf. 1988 zählte der neue Stadtbezirk bereits 100.000 Einwohner.

In den Zeiten der konterrevolutionären Wende blieb Hohenschönhausen ein Zentrum der Linken. Während bei den sogenannten „ersten freien Volkskammerwahlen“ im Maßstab der DDR 40,8 Prozent der Stimmen für die CDU und nur 16,4 Prozent für die PDS abgegeben wurden, wählten in Hohenschönhausen 38,4 Prozent die PDS und nicht mehr als 16,8 Prozent die CDU. Ab 1990 wurden die wirtschaftlichen und sozialökonomischen Strukturen zerschlagen, Betriebe und Einrichtungen geschlossen oder „an die Marktwirtschaft angepaßt“. 1991 wurden Abteilungen der berühmten LPG „Erster Mai“ in Wartenberg privatisiert. Die Milchproduktion mußte ganz eingestellt werden. Gegenwärtig gibt es in Hohenschönhausen 7.706 gewerbliche Betriebe.

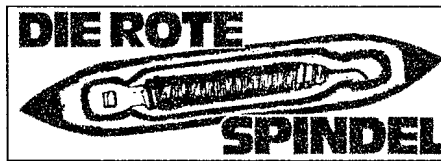
Der Stadtbezirk zählt jetzt 115.459 Einwohner. 9.240 Bürger sind als Arbeitslose erfaßt, 6.500 gelten als Sozialhilfeempfänger.

Stärkste Partei wurde bei den BVV-Wahlen 1995 mit 43,6 Prozent die PDS. Sie stellt mit Dr. Bärbel Grygier (parteilos) die Bürgermeisterin. Von 45 Mandaten der Bezirksverordnetenversammlung entfallen 21 auf die PDS, 11 auf die CDU, 9 auf die SPD und 4 auf Bündnis 90/Grüne.

Dr. sc. Sigmar Eßbach

Innere Sicherheit

Kohl und Kanther ziehen die Schraube an



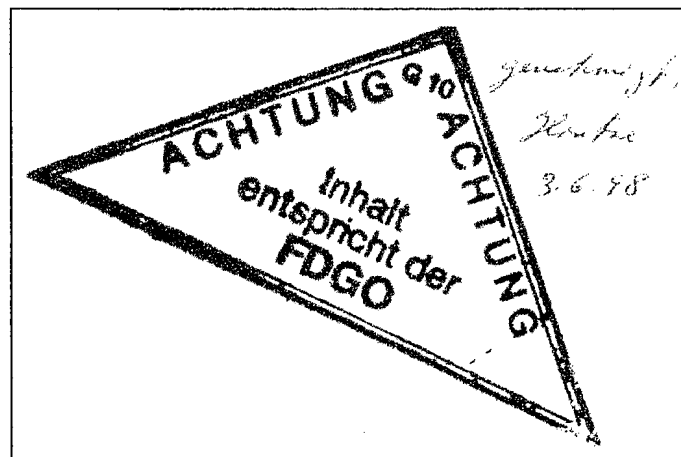
Eine kleine Meldung in der Zeitung: Die Spitzen der CDU und FDP haben sich darauf verständigt, daß der Bundesgrenzschutz jetzt auch schon Kontrollen auf Bahnhöfen durchführen darf, ohne daß ein konkreter Verdacht gegen bestimmte Personen besteht. Hört sich erst einmal gar nicht so schlimm an, ist es aber doch. In der Praxis bedeutet das, daß der Grenzschutz entgegen seines verfassungsmäßigen Auftrages jetzt auch als Polizei im Innern tätig wird. Und das auch noch beinahe willkürlich, z.B. gegen jeden friedlichen Bahnkunden. Ein Verdacht muß ja nicht mehr vorliegen! Man stelle sich vor, daß man auf dem Bahnsteig steht und plötzlich stürmt eine Hundertschaft vom BGS das

Gelände und führt flächendeckende Kontrollen durch. Die Grenzschützer müssen nicht einmal mehr behaupten, daß sie nach einem Rauschgiftkurier fahnden! Fragt sich doch der gutgläubige Leser, was solche Beschlüsse eigentlich bringen sollen! Richtig - eine weitere Verschärfung des innenpolitischen Klimas und wesentlich mehr Polizeipräsenz. Der paramilitärische Bundesgrenzschutz wird jetzt zur Disziplinierung der eigenen Bevölkerung benutzt. Angesichts des Raubzuges der Bundesregierung gegen sie ist durchaus davon auszugehen, daß die Betroffenen sich zu wehren beginnen. Wie in Frankreich könnte es ja zu massiven Aktionen der Arbeitslosen, der Jugend usw. kommen. Und dann? Dann führt eben der Bundesgrenzschutz ohne Verdacht Kontrollen durch. Demnächst kann der dann auch ohne Verdacht verhaften und Leute verschwinden lassen! Die „ROTE SPINDEL“ meint: Wehret den Anfängen!! (Aus der Zeitung der DKP Nordhorn)

Guten Morgen, Herr Oberinquisitor!

Kanzler Kohl hat Norbert Blümm - den Bundesminister für Arbeitslosigkeit - mit der Anfertigung eines neuen Grundgesetzes beauftragt: Der Gelände-Ordnung für den Freizeitpark Deutschland - im folgenden kurz FDGO genannt. Als erster Schritt hierzu ist ein breitrempiger Stempel eingeführt worden, der die FDGO-Verträglichkeit von Gehirnwindungen signalisiert. Wer denkt und fühlt, wie die Direktion unseres Freizeitparks, bekommt seinen Stempel und darf im Gelände ausschwärmen.

Nun müßte man annehmen, der FDGO-Stempel werde besonders in Bonner Ministerien und im Bundestag benötigt, wo das Grundgesetz bekanntlich am häufigsten gebrochen wird. Nein - weit gefehlt: Ein Schwerpunkt ist das SPD-regierte Saarbrücken. Im Knast am dortigen Lerchesflurweg wird FDGO-gestempelt, was das Zeug hält. DDR-Kundschafter, Rainer Rupp, genießt zum Beispiel das Privileg eines FDGO-Begünstigten. Die kostbare Stempelfarbe wird für ihn und seinesgleichen



großzügig verspritzt, um ihnen Hirn- und Herz-Kompatibilität mit der Deutschen Denknorm FDGO zu attestieren.

„Zum Glück hat der Oberinquisitor der ‚Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung‘ (FDGO) per Stempel die Beförderung dieses Briefes noch genehmigt“, ließ Rainer einen Freund wissen.

Brain Control heißt das wohl auf neudeutsch.

Auf altbundeshochdeutsch wird FDGO allerdings anders übersetzt: „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“. Auf sie wird jeder eingeschworen. Verfassungstreue ist oberstes Prinzip.

Gut so. Denn auch der Lerchesflurweg gehört zum Freizeitpark Deutschland, wo Kohls Gelände-Ordnung in Zukunft gelten soll. Oder ist dann schon Helmut Schröders FDGO an der Reihe?

S.R.

Vorgestellt

Thälmann-Freundeskreis

Am 7. Februar 1953 wurde der Raum im „Sporthaus Ziegenhals“, in dem am 7. Februar 1933 die bereits illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD stattgefunden hatte, durch Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht feierlich als Gedenkstätte eingeweiht. Zugegen waren damals bekannte Widerstandskämpfer - unter ihnen Teilnehmer der legendären Beratung -, auf der Ernst Thälmann zum letzten Mal vor einem Gremium seiner Partei gesprochen hatte. Seit April 1990 besteht der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.“ Er entstand in der Zeit des sich bereits voll entfaltenden konterrevolutionären Ansturms der „Wende“, als es darum ging, die von Schleifern bedrohte Gedenkstätte zu erhalten und mit ihr das Thälmannsche Vermächtnis zu verteidigen.

Der Freundeskreis hat das wichtige historische Erbe der Gedenkstätte bewahrt, sie gepflegt, die Zugänglichkeit des von vielen besuchten Tagungsraumes und des Areals mit der Thälmann-Büste ermöglicht und auf dem Gelände des „Sporthauses“, das kommerziell bewirtschaftet wurde, alljährlich würdige Feierstunden und Beratungen von Verfechtern der Thälmannschen Sache durchgeführt. Unter den Rednern befanden sich prominente Wissenschaftler, die Pastorin Renate Schönfeld sowie Vertreter verschiedener linker Parteien und Organisationen, die auch im Freundeskreis verankert sind.

Auf seiner Wahlversammlung am 12. Oktober 1997 zählte der eingetragene Verein 108 Mitglieder. An der Spitze des 12köpfigen Vorstandes steht Heinz Schmidt aus Königs Wusterhausen, der sich um den Erhalt der Einrichtung seit Jahren sehr verdient

gemacht hat. Ehrenvorsitzende ist Irma Gabel-Thälmann.

Nach der Schließung der Gaststätte „Sporthaus Ziegenhals“ im Januar 1998, mit der auch die Existenz des Gedenkkimmers bedroht war, konnte nach komplizierten Bemühungen und mit Unterstützung von Einwohnern ein Nutzungsvertrag zwischen dem Eigner TGL und der Gemeinde Niederlehme abgeschlossen werden. Obwohl die Wirkungsmöglichkeiten z.Z. eingeschränkt sind, steht die Gedenkstätte auch weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung, wobei derzeit auf Gruppenbesuche mit rechtzeitiger Anmeldung orientiert werden muß, da das Lokal vorerst keinen neuen Betreiber haben dürfte.

Der Freundeskreis, der sich besonders auch um die Solidarität mit den von der Klassenjustiz der zeitweiligen Sieger verfolgten DDR-Bürger und westdeutschen Antifaschisten kümmert, organisiert, unterstützt und fördert Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Kundgebungen und Veröffentlichungen im traditionellen Geist der Gedenkstätte und arbeitet dabei mit gleichartigen Einrichtungen des In- und Auslands - so mit der Hamburger Thälmann-Gedenkstätte - eng zusammen. Er steht neuen Interessenten, die sich ihm anschließen wollen, offen. Diese können sich beim Vertreter der DKP in der Leitung dieses Gremiums (Hans-Joachim Gültner, Zur Nachtheide 34, 12557 Berlin, Tel: 030/655 80 04) jederzeit melden. Bewahren und stärken wir das revolutionäre Vermächtnis Ernst Thälmanns, der in seiner berühmten Ziegenhals-Rede zur Einheit aller Kräfte gegen die faschistische Gefahr aufgerufen hat - eine Mahnung, die auch heute von höchster Aktualität ist!

Hans-Joachim Gültner

Biskys Geschichtsbild

Am 2. Juni hat die FAZ in einem Artikel unter der Überschrift „Vom Umgang mit der PDS“ deren eindeutige Distanzierung vom „DDR-Unrecht während der Diktatur“ und deren „erkennbaren Willen zur Einheit“ eingefordert. Das Blatt des deutschen Monopolkapitals zog das Fazit: „Die reformsozialistische Führung der PDS um Bisky, Gysi, Bartsch und Brie wäre vermutlich bereit, beide Forderungen verbindlich zu erfüllen. Sie würde damit auch ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, diejenigen im Osten Deutschlands, die mit dem System der Bundesrepublik mehr oder weniger große Schwierigkeiten haben, zur parlamentarischen Demokratie, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zum Rechtsstaat zu führen“.

Liest man das ND vom 16. Juni, dann stellt man fest, daß Lothar Bisky offenbar die

guten Noten der FAZ rechtfertigen will. Anlässlich des 45. Jahrestages der konterrevolutionären Ereignisse vom 17. Juni 1953 - durch das Kapital und dessen Medien als Arbeiteraufstand ausgegeben - gewährte er ADN ein Interview, das seine seriöse und solide Geschichtskennntnis bekundet. Es wird viele Genossen der PDS gewiß schockieren.

Ihr Vorsitzender erklärte dort, die Entschuldigung der PDS im Dezember 1989 „vor dem Volk der DDR für das Versagen der SED“ beziehe sich auch „uneingeschränkt auf den 17. Juni 1953“. Es sei eine „fatal-einseitige Fehleinschätzung“ gewesen, jedweden Protest als „Konterrevolution“ zu betrachten. Zu den übelsten Verfehlungen des Sozialismus habe die demokratiefeindliche Auffassung von der „Diktatur des Proletariats“ gehört.

Eindrucksvolle Willi-Bredel-Broschüre

Ein DDR-Patriot aus Hamburg

Die Willi-Bredel-Gesellschaft - Geschichtswerkstatt e. V. (Im Grünen Grunde 1c, 22337 Hamburg) bemüht sich seit Jahren in verdienstvollster Weise um das literarische Erbe und das persönliche Vermächtnis eines großen Sohnes der Elbe-Stadt und bedeutenden proletarischen Schriftstellers der später eine kraftvolle Spur in der DDR-Literatur gezogen hat und Präsident der Akademie der Künste des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden wurde. Kämpfer des Hamburger Aufstandes, Interbrigadist in Spanien, Frontsoldat an der Seite der Roten Armee in den Schützenlöchern vor Stalingrad und schließlich Patriot der DDR - so spannt sich der Lebensbogen Willi Bredels.



Die Hamburger Hans-Kai Möller - einer der „Väter“ der Willi-Bredel-Gesellschaft - und Simone Walter haben jetzt eine bewegende und hervorragend gestaltete kleine Broschüre herausgebracht, die Lebensdaten, Bildzeugnisse und einen Überblick über die als Dauerleihgabe in Hamburg befindliche Privatbibliothek des Schriftstellers enthält. Wir empfehlen das wertvolle kleine Heft, das für eine Briefmarkenspende erworben werden kann, den Freunden des „RotFuchses“ als Lektüre. **S.R.**

Was soll man dazu sagen? Eigentlich nur eins: Biskys Umdichtung der Geschichte wird ihm sicher bald eine neue Ode der FAZ einbringen. Die ist ihrerseits für die Diktatur des Kapitals zuständig. Der PDS-Vorsitzende macht es seinen Wählern wirklich nicht leicht, am 27. September die richtige Wahl zu treffen - gegen die Leute von der FAZ und deren Schrödervariante. **K.S.**

Keinerlei Bremse?!

„Wer bleibt, der darf nicht bestraft werden“ So lautet die fünfspaltige Überschrift des „Tagesspiegels“, mit der ein Ausspruch Tyll Neckers, des Vizepräsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in einem Interview zitiert wird. Das heißt, Industrie und Banken drohen damit, die Bundesrepublik zu verlassen, falls es künftig auch nur die geringsten Steuererhöhungen auf ihre Gewinne und ihr Eigentum geben sollte! Und das wiederum hieße: Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit! Dabei ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuer verschiedener Art von 1980 bis 1996 bereits von 24,9 auf 14,6 Prozent des gesamten Steueraufkommens gefallen, während der Anteil der Lohnsteuer und anderer Abgaben, die die Masse der Bevölkerung zu zahlen hat, von 62,0 auf 72,9 Prozent stieg!

Mit diesem Zugewinn aus sinkenden Steuern haben die Unternehmen aber keineswegs neue Arbeitsplätze geschaffen, wie sie immer versprechen. Aber sie haben im Ausland mehr investiert! Seit 1983 wuchsen die Auslandsinvestitionen um jährlich 29 Prozent, drei mal schneller als die Exporte!

Mit dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) sollen künftig sämtliche, auch die allergeringsten nationalstaatlichen Regulierungen für den Kapitalexport, für Investitionen in anderen Staaten wegfallen. Keine Regierung darf den TNC, den Transnationalen Konzernen, irgend-

welche Auflagen, seien es Tarifbestimmungen, arbeitsrechtliche Regelungen oder Steuern, mehr erteilen.

Was im Einzelnen im MAI steht, ist nicht einmal den Mitgliedern von Parlamenten bekannt. Außerdem ist es in einer Sprache gehalten, die nur noch Konzernbosse und Börsenmakler verstehen, jemand, der nur den „Kurier“ liest, nicht.

Aber wir müssen den Menschen klarmachen, was mit dem MAI auf sie zukommt! Vielleicht bieten die Bestimmungen des MAI über die Privatisierung öffentlicher Unternehmen eine Möglichkeit, Menschen an die Ziele, die Folgen des MAI heranzuführen, weil sie noch am überschaubarsten sind und damit schon gewisse Erfahrungen vorliegen. Es ist jedermanns Privatsache, ob er sich einen Opel oder Golf kauft, ob Beelitzer Spargel oder holländische Tomaten. Aber mit Wasser, Gas, Elektrizität, Bahn, Post, Schulen, Gesundheitswesen ist das ganz was anderes! Niemand kann aus seinem Wasserhahn das Wasser des Unternehmens fließen lassen, das am billigsten, am reinsten ist! Aber alle diese Unternehmen sollen an Konzerne veramscht werden!

Nehmen wir die BSR, die Berliner Stadtreinigung. Helmut Paschla von der BSR schreibt im „Grundblatt“ vom Mai: „Abfallvermeidung und Entsorgungsgeschäft sind ein Widerspruch: Jede Gewichtstonne

weniger Abfall bedeutet einen Umsatzrückgang. Als öffentliches Unternehmen stellen wir uns dem Primat der Vermeidung vor der Behandlung von Abfällen ...“

Und wenn die BSR privatisiert wird?!

„Buslinien vor dem Aus?“ lautet eine Überschrift im gleichen Blatt. BVG und S-Bahn werden z.Z. unter dem Dach einer Holding zusammengefaßt. Holding - das ist ein kapitalistisches Unternehmen, das Anteile an anderen Firmen besitzt. Wer wird die größten Anteile an der Holding der Berliner Verkehrsbetriebe besitzen? Jedenfalls wird sie nicht für eine Senkung der unverschämten Fahrpreise sorgen, sondern erklärtermaßen kann, so das „Grundblatt“ der „geplante Zusammenschluß von BVG und S-Bahn (das) Angebot reduzieren.“

Auch die BWB, die Berliner Wasserbetriebe, sollen privatisiert, eine Aktiengesellschaft werden. Dann bestimmt über die Wasserpreise, die heute schon in Berlin fast doppelt so hoch wie in München sind, der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft, der natürlich demokratisch gewählt wird - von den Aktionären. Und wer viele Aktien besitzt, hat auch viele Stimmen und damit das Sagen.

Welche Aktiengesellschaft wird nun der künftige Besitzer der BWB sein? Für zwei Milliarden Mark verkauft der Berliner Senat den Hauptanteil der BWB an Thyssen/Krupp, meldete der „Tagesspiegel“ am 5. Juni! „Thyssen/Krupp will mit seiner Tochter 'Eurowasser' in Berlin ein Kompetenzzentrum für Wasser- und Abwasserversorgung errichten, das nach Mittel- und Osteuropa expandieren soll“.

Dem MAI zufolge werden die Regierungen mittel- und osteuropäischer Staaten absolut keinen Einfluß auf den Abfluß der Profite in die BRD nehmen können, natürlich auch nicht darauf, was für Dreck und Jauche zum Versickern in diese Staaten gepumpt wird. Und billiger wird das Frischwasser für uns damit auch nicht. Thyssen-Chef Schulz erklärte dem „Tagesspiegel“ schön verschwommen: „Jedenfalls dürfen die Preise nicht mehr steigen ... Dann werden wir natürlich versuchen, durch ... Rationalisierung zu einer Senkung der Wasserpreise zu kommen.“

Für wen? Für die Haushalte? Oder wohl mehr für die Großverbraucher der Industrie. In Rostock, meldete der Rundfunk jedenfalls am 5. Juni, seien die Wasserpreise nach Übernahme durch Thyssen/Krupp jetzt gestiegen.

Walter Florath

Im Konzernbetriebsrat

Unser Genosse Manfred Karras, der vor einiger Zeit zum Betriebsrat des der Oldenburg-Gruppe zugeschlagenen Berliner Akademieverlags gewählt worden ist, gehört jetzt auch dem Konzernbetriebsrat an.



„Geben Sie nicht auf Mann. Ich habe auch von unten angefangen, aber ich habe hart gearbeitet, bin an der Börse großgeworden, habe Jones Steel übernommen und ein Vermögen gemacht, indem ich die Hälfte der Beschäftigten feuerte.“

„Ich war einer von denen.“

Reporterskizzen (2)

Zwischenfall an Sorges Grab

Im Jahr 1973 hatte ich in Japan wiederholt zu tun. Anfang Mai bereiste ich gemeinsam mit Tetsuso Otaka - einem früheren Berliner Korrespondenten der auflagenstarken kommunistischen Tageszeitung „Akahata“ (Rote Fahne) - wochenlang verschiedene Regionen des Landes, um mich in Osaka, Kyoto, Hiroshima und anderenorts über die Tätigkeit der KPJ zu informieren. Es handelte sich um eine ungewöhnliche Reise, da die Beziehungen der japanischen Kommunisten zu den Parteien der „moskaunahen“ sozialistischen Länder damals gestört waren. Die KPJ hielt gegenüber der UdSSR und China gleichermaßen Distanz und warf der KPdSU „Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten“ vor. So war meine Einladung zu einem journalistischen Studienaufenthalt bei der KPJ ein erster hoffnungsvoller Vorboten sich langsam wieder erwärmender Beziehungen.

Da es eine diplomatische Vertretung der DDR in Japan zu dieser Zeit des Jahres noch nicht gab, arbeitete ich besonders eng mit den sowjetischen Korrespondenten zusammen. Sie waren erstaunt über mein Auftauchen und gaben mir vielfältige Hinweise. Im Spätherbst des selben Jahres - inzwischen hatte „Neues Deutschland“ eine Reihe großer Japan-Reportagen von mir gedruckt, die zur Verbesserung der Parteibeziehungen SED-KPJ beitrugen - befand ich mich wieder in Tokio, um am 12. Parteitag der japanischen Kommunisten mit dem Status eines Beobachters teilzunehmen. Jetzt boten mir meine Gastgeber erneut ein ausgewähltes Gesprächs- und Exkursionsprogramm an. Wieder war Genosse Otaka, nun ein leitender Redakteur der „Akahata“, an meiner Seite. Er teilte mir mit, daß mich der Vorsitzende des Präsidiums der Partei, Kenji Miyamoto, empfangen und meine Fragen beantworten werde. Als ich meinen sowjetischen Kollegen von TASS, „Prawda“ und „Iswestija“ ein wenig von meinen Unterredungen und Erlebnissen erzählte, meinten sie, die gesammelten Erfahrungen könnten auch für die in Tokio tätigen Diplomaten der UdSSR von Interesse sein.

Schon tags darauf luden mich der sowjetische Gesandte Iwan Tzechonia und Botschaftsrat Sergei Anissimow zum Abendessen in die Botschaft der Sowjetunion ein. Bei dieser Gelegenheit äußerten sie, daß es ihnen nicht möglich wäre, mit Genossen

Miyamoto - einem erprobten und erfahrenen Kommunisten - in Kontakt zu treten. Ich wurde gebeten, ihm sowjetisches Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu signalisieren und einige Fragen zu stellen, die den Diplomaten besonders am Herzen lagen. Plötzlich fragte mich der Gesandte: „Sie haben einen Wunsch frei, Genosse. Was können wir für Sie tun?“ „Zeigen Sie mir das Grab Richard Sorges“,



bat ich. Am folgenden Morgen begaben wir uns - mich begleiteten der sowjetische Militärattaché und der als Dolmetscher fungierende junge Botschaftsmitarbeiter Leonid Rewa - zu einem großen Friedhof im Umfeld von Tokio. Er befindet sich in der Nähe einer amerikanischen Luftwaffenbasis. Unterwegs berichteten mir die Genossen vom Kampf um das schlechte Denkmal für den erst Jahre nach seinem Tode zum „Helden der Sowjetunion“ erklärten deutschen Kommunisten und Kundschafter der Sowjetunion. Die reaktionären Machthaber Japans hatten sich zunächst gegen die Errichtung des Steins mit dem Heldenstern für jenen Mann gestäubt, der im Auftrag der sowjetischen Aufklärung in

die Höhle des Löwen - die Organisation der NSDAP in der Tokioter Botschaft des faschistischen Deutschland - eingedrungen war und von dort wertvollste Informationen geliefert hatte, bis er entdeckt, verurteilt und hingerichtet wurde.

Mit Blumen und einer Gieskanne zum Auffüllen der Grabvasen „bewaffnet“, begaben wir uns auf den Friedhof. Doch so sehr sich Genosse Rewa, der mit den Lokalitäten

vertraut zu sein schien, auch bemühte - das Grab Richard Sorges ließ sich nicht auffinden. Etwas ratlos hielten wir an einem Nebeneingang des weitläufigen Areals inne, als ein distinguiertes Herr mit weißen Glacehandschuhen - sie werden in Japan fast nur von Taxifahrern und Polizisten getragen - mit einem Fahrrad auf uns zu fuhr und unmittelbar vor Rewa stoppte. Offensichtlich wissend, daß er der einzige in unserem Kreise war, der japanisch sprach, sagte er zu dem jungen Attaché: „Ich vermute, Sie suchen das Grab von Richard Sorge. Darf ich Ihnen behilflich sein?“ Direkten Weges führte er uns zu jenem Ort, den wir selbst nicht hatten ausmachen können. Als wir unsere Blumen an den Stein stellen wollten, erblickten wir in der nächsten Gräberreihe einen Fotografen, der sich dort schon vorsorglich postiert hatte und völlig ungeniert jeden einzelnen von uns aufnahm. Auch er trug weiße Glacehandschuhe. Offene Beschattung nennt man diese Art von Kontrolle. Ich konnte mich in dem fernöstlichen Land wiederholt davon überzeugen, daß sie von Japans Geheimpolizei besonders bevorzugt wird.

Soviel zum Zwischenfall an Richard Sorges Grab.

Übrigens kam das Gespräch mit Kenji Miyamoto dann doch nicht zustande. Unglücklicherweise ergänzte die Berliner Zentrale des ND im Überdruß einen von mir gelieferten vorsichtigen Parteitagbericht durch einige ungeschickte Sätze, die auf anderen Quellen beruhten und von den japanischen Gastgebern als beleidigend aufgefaßt wurden. Sie betrafen die „besondere Position“ der KPJ in der Frage von vier Kurilen-Inseln, deren Rückgabe die Sowjetunion verweigerte. So war Genosse Miyamoto im letzten Augenblick leider „plötzlich verhindert“.

Dr. Klaus Steiniger

Internationale Solidarität:

Der Aufstand der Zapatisten

Für „RotFuchs“ geschrieben von
Leif Riemann,
Mitglied des BV der PDS Weißensee

Als am 1. Januar 1994 die Nachfahren der Maya im süd-mexikanischen Chiapas mehrere Kleinstädte besetzten und in ihrem Manifest aus dem Lakandonen-Urwald der Bundesarmee den Krieg erklärten, ernteten sie zunächst nur Kopfschütteln. Es schien undenkbar, daß die schlecht ausgerüsteten Kämpferinnen und Kämpfer der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) eine ernsthafte Bedrohung für die Regierung von Präsident Carlos Salinas sein könnten. Dieser befand sich damals auf dem Höhepunkt seines Prestiges. Mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) am 1. Januar 1994 sollte jedermann vor Augen geführt werden: Mexiko hat den Sprung zum Erste-Welt-Land geschafft. Doch die Zapatisten durchkreuzten die Rechnung des Staats- und Regierungschefs. Sie präsentierten ihre elf Grundforderungen für ein anderes, besseres Mexiko: Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Mit anderen Worten: Für ein Leben in Würde.

Binnen weniger Tage brach das geschönte Bild vom selbstbewußten Mexiko zusammen. Hinter der strahlenden Fassade wurden Armut, Unterdrückung und Diskriminierung sichtbar. Die durch erweiterte Ölförderung und wirtschaftliche Erfolge auch auf anderen Gebieten in den letzten Jahrzehnten angehäuften Gelder kamen - wie sich herausstellte - nur den Bonzen der regierenden PRI (Institutionelle Revolutionäre Partei) und der mit ihnen verbundenen Oberschicht zugute. Das Volk ging leer aus.

Wesentlichen Anteil daran, daß die Weltöffentlichkeit auf Mexikos Probleme aufmerksam wurde, hatten die Botschaften des charismatischen Militärstrategen und Sprechers der EZLN, Subcomandante Marcos. Nicht die Feuerkraft der Zapatisten, sondern die Kraft der Worte legte den Grundstein für die von Salinas am 12. Januar 1994 einseitig verkündete Waffenruhe, der sich die EZLN umgehend anschloß. Die Regierung erklärte sich bereit, in der Stadt San Cristobal de las Casas zu verhandeln. Zudem konnte der Lakandonen-Urwald mit seinen mehr als 500.000 Bewohnern de facto als „befreites Territorium“ gelten, das die Zapatisten kontrollierten. Eine Pufferzone trennte EZLN und Bundesarmee. Auch in den Altos de Chiapas, dem Hochland um

San Cristobal, übten die Zapatisten großen Einfluß aus. Wider Erwarten hatte es den Anschein, als sei das mexikanische System mit seiner seit 66 Jahren ununterbrochen regierenden PRI im Zentrum durch die Aufständischen binnen Monatsfrist zum Rückzug gezwungen worden.

Erste Friedensgespräche zwischen beiden Seiten fanden Ende Februar in der Kathedrale von San Cristobal statt. Bischof Samuel Ruiz Garcia vermittelte. Als Verhandlungsbasis diente das 34-Punkte-Programm der EZLN, das die elf Grundforderungen des ersten Manifests konkretisierte. Dabei weigerte sich die Regierung, über zwei Fragen auch nur zu verhandeln: Wirklich freie und demokratische Wahlen sowie den Rücktritt von Salinas. Dennoch weckten die Gespräche Hoffnungen, denn Mexiko-Stadt wollte angeblich einige Verbesserungen im Konfliktgebiet einführen.

Wochen später war alles Makulatur. Es wurde klar, wie wenig die mexikanische Regierung tatsächlich zum Nachgeben bereit war. Die Bundesstreitkräfte legten einen Sperriegel um das Zapatistengebiet. Unter diesen Umständen kam die Reaktion der EZLN nicht überraschend. Am 10. Juni 1994 lehnte sie die Friedensvorschläge der Regierung ab. Die zentralen Themen Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Mexikaner seien unberührt geblieben, rügte sie. Kritisiert wurde besonders der Versuch, die Bedeutung des Kampfes der EZLN auf das örtliche Indigena-Milieu und sogar auf nur vier Landkreise in Chiapas zu reduzieren.

Die Zapatisten riefen nun zu einem Treffen, der Nationalen Demokratischen Konvention (CND), mit dem sie die zivile Opposition des ganzen Landes mobilisieren wollten. Die Hoffnung auf ein freiwilliges Einlenken der Regierung hatten sie aufgegeben. Nur zwei Monate später, Anfang August, kamen mitten im Zapatistengebiet 6.000 Menschen zur ersten Beratung der CND zusammen - ein in der Geschichte der Lateinamerikanischen Guerillabewegungen einmaliger Vorgang.

Schon zwei Wochen darauf schlug die Regierung zurück: Bei den Gouverneurs- und Parlamentswahlen siegten in Chiapas - wie üblich - die Bewerber der PRI. Berichte über zahlreiche Wahlmanipulationen im ganzen Land - einige der krassesten Fälle von Stimmenkauf und -fälschung ereigneten sich in Chiapas - änderten am Ergebnis nichts. Die Opposition fühlte sich um den Wahlsieg betrogen. Zugleich suchte man sie durch zunehmende Militarisierung des

Bundesstaates und Aktionen paramilitärischer Gruppen in Schach zu halten. Am 12. Oktober 1994 erklärten sich daraufhin zahlreiche Landkreise gegenüber der PRI-Regierung für autonom. Sie erkannten nur den „Gegengouverneur in Rebellion“ Amado Avendano als Autorität an.

Das Auf und Ab im Chiapas-Konflikt ging auch im zweiten Jahr des Zapatistenaufstandes weiter. Ein Treffen zwischen Innenminister Moctezuma und einer von Subcomandante Marcos angeführten Zapatistendelegation Mitte Januar 1995 schien zunächst vielversprechend, aber schon am 9. Februar kündigte der Staatspräsident im Fernsehen Haftbefehle gegen Marcos und weitere vermeintliche Mitglieder der EZLN-Spitze an. Gleichzeitig schwärmten Armee- und Polizeieinheiten in das EZLN-Gebiet aus und besetzten eine Ortschaft nach der anderen. Die Führung der Zapatisten zog sich mit ihren Truppen tiefer in den Urwald zurück, so daß es nicht zum Schußwechsel kam. In vielen Fällen gingen ganze Dorfgemeinschaften mit ihnen. In Mexiko-Stadt fanden nun drei Großdemonstrationen gegen das Vorgehen der Regierung statt. Die darauffolgenden Verhandlungen verliefen wieder im Sande, nur die Haftbefehle wurden zurückgenommen.

Die Zapatisten unternahmen einen weiteren Anlauf, landesweit zivile Organisationen in Bewegung zu bringen. Sie riefen zu einer Befragung über die Zukunft der EZLN auf. Tatsächlich nahmen am 27. August 1995 rund 1,3 Millionen Mexikaner daran teil. Sie sprachen sich mit knapper Mehrheit dafür aus, die Guerilla in eine unabhängige politische Bewegung umzuwandeln. Die EZLN reagierte darauf, indem sie am 1. Januar 1996 die Gründung der Zapatistischen Front der Nationalen Befreiung (FZLN) bekanntgab. Sie machte zugleich klar, daß dieser Schritt weder eine Waffenabgabe noch eine Auflösung der EZLN bedeute.

Bei weiteren Gesprächen zwischen Zapatisten und Regierung bahnte sich ein formaler Durchbruch an. Es wurden zahlreiche Gesetzes- und mehrere Verfassungsänderungen für die Bereiche Gesundheit, Kommunikation, Bildung, Kultur und Wahlsystem vereinbart. Am 16. Februar 1996 unterzeichneten beide Seiten sogar ein entsprechendes Abkommen, nachdem die Zapatisten die Zustimmung ihrer Anhänger eingeholt hatten.

Bald zeigte sich jedoch die Parallele zu den Friedensverhandlungen zwei Jahre zuvor:

(Fortsetzung auf Seite 13)

(Fortsetzung von Seite 12)

In der Praxis änderte sich nichts. Die Antwort der Zapatisten bestand in der erneuten Mobilisierung der Öffentlichkeit, diesmal auch der internationalen. Tausende kamen zu einem Ersten Interkontinentalen Treffen der Solidarität mit den Kämpfenden in Chiapas. Damit zeigte sich ein weiteres Mal die ungeschmälerte Anziehungskraft der Zapatisten. Doch ihre Gespräche mit der Regierung gerieten abermals in die Sackgasse. Anfang 1996 brachen sie diese als sinnlos ab.

Inzwischen ist die EZLN keine Guerillabewegung mehr. Eine gewisse Bedeutung hat neben den Zapatisten auch die Revolutionäre Volksarmee (EPR) erlangt, die erstmals Ende Juni 1996 in Erscheinung trat, als sie mit bewaffneten Aktionen gegen Polizei- und Armeeobjekte in mehreren Bundesstaaten Aufsehen erregte. In Chiapas beschränkt sie sich auf politische Aufklärung und Propaganda. Sie will sich militärisch auf Selbstverteidigung beschränken, im Fall einer Offensive der Sicherheitskräfte allerdings zurückschlagen. In anderen Provinzen ist es unterdessen zu Kämpfen gekommen, die Opfer unter EPR-Angehörigen forderten.

In Chiapas selbst verschlechtert sich die Situation zunehmend. Die Armee hat im Verlauf der vergangenen zwei Jahre etwa 30 bis 40 unterschiedlich große Stützpunkte im EZLN-Gebiet errichtet. Sie verstärkt ihre Aufklärungstätigkeit gegenüber den Zapatisten. Es wird erwartet, daß der durch die USA abgesegnete „Krieg von geringer Intensität“ nicht nur fortgesetzt, sondern auch mit „chirurgischen Schlägen“ gegen die Führungsspitze der Zapatisten verbunden wird. Vertreibungen, Drangsalierungen, Vergewaltigungen und Morde sind in Chiapas an der Tagesordnung. Immer wieder verschwinden Personen. Paramilitärische Gruppen mit der PRI als Rückhalt treiben ihr Unwesen. Sie erinnern an die mittelamerikanischen Todesschwadronen der 80er Jahre. Symptomatisch mag sein, daß selbst Raul Vera Lopez, von Rom geschickter Hilfsbischof Samuel Ruiz Garcias und als dessen konservativer Aufpasser betrachtet, jetzt immer offener die Regierung kritisiert.

In letzter Zeit wurden größere Truppenbewegungen der Bundesarmee beobachtet. Die Lage begrünnt sich dramatisch zu verschärfen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Regierung noch in diesem Jahr den Versuch einer Offensive gegen die Zapatisten unternimmt. Wegen dieser Entwicklung soll sich eine Internationale Zivile Brigade nach Mexiko begeben, um zu verhindern, daß die Gegner der Befreiungsbewegung deren Kampf im Stillen niederschlagen können. □

Leserbriefe

Die Reaktion aller Schattierungen bläst aus sämtlichen Rohren zum Angriff auf die Linke. Zuweilen unterscheidet sich die antikommunistische Hysterie kaum noch von der des Faschismus. Es wird Pogrom-Stimmung erzeugt, die - wenn man nicht aufpaßt - sogar zu Exzessen führen könnte. Mir scheint, wir müssen zeigen, geduldig erklären, wozu man das braucht, wohin das führen kann. Niemand soll, wie damals, sagen, er habe das nicht gesehen.

Ich grüble oft und bin sehr traurig, daß sich die Linken in solchen Situationen nicht zusammenfinden. Haben wir denn die Lehre nicht voll begriffen, daß eine der Ursachen für den Machtantritt des Faschismus die Spaltung der Arbeiterbewegung war? Soll denn diese Erkenntnis erst wieder in Gefängnissen reifen?

Ich lese regelmäßig den „Roten Fuchs“. Die Zeitung gefällt mir gut. Mein Kompliment für alle, die daran mitwirken.

Ich denke, bei aller Kritik, berechtigter Kritik muß alles, aber auch alles in Bewegung gesetzt werden, daß die UZ ihre verantwortungsvolle politische, organisatorische Rolle immer besser erfüllen kann. Denn dieses Organ ist für die DKP, die Sympathisierenden, das linke Spektrum notwendig wie Sauerstoff zum Atmen. Ausgehend von dem ekelhaften Ausspruch Theo Waigels, die PDS sei eine „kriminelle Vereinigung“, möchte ich betonen: Wir müssen bei allen möglichen berechtigten Vorbehalten die Mitglieder der PDS unbedingt verteidigen. Wenn der Begriff Solidarität je einen Aktivitäten auslösenden Sinn besessen hat, dann jetzt.

Noch ein Wort zu unserer DDR. Wir wissen, warum die Reaktion sie verleumdet, sie in den finstersten Farben schildert. Sie fürchtet eben diese Alternative zum Kapitalismus-Imperialismus. Wer über die Vision und Alternative Sozialismus nachdenkt, läßt sich nicht von den Hintzes auf die DDR hetzen. Die Klassiker unserer Weltanschauung haben indes zurecht die Pariser Kommune kritisiert. Sie haben deren Fehler und Mängel aus den historischen Zusammenhängen analysiert. Aber alles in allem waren für sie die Pariser Kommune und deren Akteure ein Fanal, ein Leuchtfeuer. Wir sollten das beachten!

Natürlich ist es nicht einfach - mit 78 und gesundheitlichen Defiziten - in der Haftanstalt sein zu müssen. Das ist aber überhaupt kein Grund dafür, aufzuhören, Antifaschist, Sozialist, Kommunist zu sein.

Heinz Keßler, JVA Hakenfelde

Zwei Anrufe

Nicht jede oder jeder greift gleich zur Feder, um dem „RotFuchs“ seine Meinung zu sagen. Manche bevorzugen das Telefon. Zwei Anrufe, über die wir uns besonders gefreut haben, wollen wir unseren Lesern nicht verschweigen: Sie kamen von der Theologin Prof. Rosemarie Müller-Streisand und dem Essayisten/Poeten Prof. Heinz Kamnitzer.

Beide zeigten sich dem „RotFuchs“ durchaus gewogen, lobten seinen klaren Blick und seine feste Verwurzelung in unserer DDR-Geschichte. Sie rieten indes, berechtigter Rückschau ihr Feld zu geben, zugleich aber auch Hiesiges

und Heutiges stets gut im Auge zu behalten. Prof. Kamnitzer stellte in Aussicht, den „RotFuchs“ mit seiner Feder zu unterstützen. Danke.

Die Redaktion

Mit ihrem Diskussionsbeitrag auf dem 14. Parteitag hat Bruni Steiniger die Bedeutung der in der 40jährigen Existenz des ersten sozialistischen deutschen Staates gesammelten praktischen und theoretischen Erfahrungen für die aktuelle und perspektivische Arbeit der DKP dargelegt und begründet. Das entspricht, wie bereits seit längerer Zeit sichtbar wird, einem sowohl objektiv als auch subjektiv notwendigen Erfordernis.

Der Beitrag zeugt vom theoretischen Wissen der aus der DDR kommenden Kommunistin, dessen Grundlagen ihr in der SED vermittelt wurden. Für besonders wichtig halte ich die Einschätzung über das notwendige Zusammenwachsen der west- und ostdeutschen Kommunisten zu einer gesamtdeutschen Partei, zum Entstehen einer „neuen DKP-Legierung“, die in der Welt auf Grund der Einzigartigkeit der Entwicklung dieser aus zwei Erfahrungsströmen gespeisten Partei ihresgleichen suchen könnte. Bestimmte Anzeichen scheinen aber auch darauf hinzudeuten, daß dieser Prozeß nicht problemlos verläuft und daß es für die aus der DDR stammenden Kommunisten nicht einfach sein wird, ihre Erfahrungen vom „Fliegen“ - um einen treffenden Vergleich Manfred Sohns zu gebrauchen - einzubringen. Konsequenz und Stehvermögen werden erforderlich sein.

Die Einberufung einer ständigen, paritätisch mit Parteimitgliedern aus Ost und West besetzten Kommission zur Auswertung der historischen Erfahrungen der DDR und die Vorbereitung einer Arbeitskonferenz zu ihrem 50. Jahrestag halte ich für einen bedeutsamen Beschluß des Parteitages.

Daß gleichzeitig auf Antrag des Parteivorstandes die heftig umstrittene Sozialismus-Konzeption trotz gegenteiliger Anträge, auf ihre Verabschiedung zu verzichten, als Arbeits- und Diskussionsgrundlage angenommen wurde, halte ich in diesem Kontext für kontraproduktiv. In der Konzeption werden die historischen Erfahrungen der DDR, die trotz aller Defizite die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war (s. „Rotfuchs“ Nr. 3/1998, Seite 4) nur ungenügend analysiert. Ich selbst darf auf meine Bemerkungen in den „Marxistischen Blättern“, Heft 1/1998, Seite 90 ff. verweisen. Der ständigen Kommission werden mit der Konzeption de facto Vorgaben erteilt, die ihre Arbeit nicht gerade erleichtern dürften.

Ein Wort zu dem in der UZ vom 29. Mai großaufgemachten Auftreten Hans Modrows. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Ehrenvorsitzende der PDS sich gegen eine Abschottung ausspricht und für eine Zusammenarbeit mit der DKP plädiert. Diese kann aber nicht auf die kommunale- und Basisebene beschränkt werden. Die Situation erfordert, daß das Zusammenwirken auch und zuerst auf der Ebene der Parteiführungen verwirklicht wird und man sich dazu seitens der PDS auch öffentlich bekennt. Der UZ vom 29. Mai entnehme ich, daß Modrow dem Parteitag „seine Grüße“ überbrachte. Hat der PDS-Vorstand keine Grußbotschaft übermittelt? Oder

warum hat die PDS-eigene Zeitung „Neues Deutschland“ keinen Bericht über den Verlauf des DKP-Parteitags gebracht?

Es ist nicht zu übersehen, daß Modrows Haltung sehr widersprüchlich ist, was besonders beim Lesen seines kürzlich erschienenen Buches „Ich wollte ein neues Deutschland“ deutlich wird. Ein Deutschland übrigens, in dem für die DKP offensichtlich kein Platz vorgesehen war. Dementsprechend äußert sich Modrow auch nicht zu den Versuchen führender PDS-Politiker in der „Wende“-Zeit, die DKP auszuschalten, bekennt aber, „kein Kommunist“ zu sein und „nie dieses eingeeengte Verständnis vom Kommunismus“ gehabt zu haben.

Hier ist es aus Platzgründen nicht möglich, näher auf das neue Modrow-Buch einzugehen. Ellen Weber hat eine informative und kritische Vorstellung in der UZ vom 8. Mai gebracht. Ob und wie „hilfreich und ergiebig“ das Buch bei der Erforschung der Ursachen der Erfolge und der Niederlage des Sozialismus sein kann, muß aber sicher viel tiefer ausgelotet werden. Für mich ist Modrows Sicht auf viele Dinge, darunter auf seine Verantwortung in der Anschlußphase, (die er auch in seiner Parteitage-Rede generell als „Vereinigung“ sieht) einfach viel zu kurz.

Macht weiter so mit dem „Rotfuchs“, Ihr könnt ihn ja bald Monatsschrift nennen. Anbei 20 DM für die Produktion. Auch ich werde Euch für den „Rotfuchs“ natürlich als Autor, soweit mir das von hieraus möglich ist, zur Verfügung stehen. Gestaltet vor allem sein theoretisches Niveau weiter, kein reines Mitteilungsblatt machen.

**Dr. sc. Gerhard Feldbauer,
Rickenbach/Schwarzwald**

* * *

Ich bitte Euch herzlichst, mir gegen eine kleine Spende monatlich den „Rotfuchs“ der Gruppe Berlin NO der DKP zu senden. Habe die Zeitung durch Zufall in die Hände bekommen. SAU-STARK ... Weiter so !!!

Rolf Weinhold, Hoyerswerda

* * *

Nach dem Urlaub fiel mir zusammen mit anderen „angestauten“ Materialien, auch der neue „Rotfuchs“ in die Hände. Ich habe ihn sofort gelesen und muß sagen, daß ich ihn - kurz ausgedrückt - großartig finde. Er wird immer mehr den Leninschen Anforderungen an eine Parteizeitung der Kommunisten („Kollektiver Propagandist ...“) gerecht, sehr zum Unterschied zu anderen Presseerzeugnissen unserer Partei.

Auch hinter dem Diskussionsbeitrag von Bruni stehe ich, obwohl ich gegenüber der These von der „Ostausdehnung der DKP“ nach wie vor meine Bedenken habe, vielleicht geht es mir hierbei mehr um die Art und Weise ihrer Verwirklichung ...

Die wichtigste Aufgabe ist es, in der Gesamt-BRD eine starke, einheitliche, erneuerte marxistisch-leninistische KP zu erreichen. Denn nur eine solche hat - das besagen eindeutig die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung - letzten Endes eine Zukunft. Natürlich ist mir klar, daß der Weg dorthin lang und kompliziert sein wird, und daß bestimmte „Übergangslösungen“ nicht zu umgehen sein werden.

Bestärkt durch meine Beschäftigung mit Fragen und Materialien der internationalen kommunistischen Bewegung - insbesondere der in Rußland und den anderen Staaten auf dem Territorium der UdSSR - sowie angeregt durch eine entsprechende Initiative der Regionalzeitung unserer Genossen in Mecklenburg-Vorpommern („Argumente“), mache ich dem „Rotfuchs“ den Vorschlag, künftig eine Beilage „Aus der internationalen kommunistischen Bewegung“ einzuführen. Sie sollte Beiträge zu oder von kommunistischen Parteien des Auslandes, die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, zum Inhalt haben. Ich bin gerne bereit, daran durch Lieferung von mir übersetzter Materialien mitzuarbeiten.

Eberhard Bock, Berlin

* * *

Lieber „Rotfuchs“, warum versteckst Du Dich im Impressum? Gehörst Du nicht auf die erste Seite? Deine scharfen Zähne kannst Du gestrotzt zeigen.

Mir liegt jedoch etwas am Herzen. Ich möchte dem Genossen Langer ein Dankeschön für sein Layout übermitteln. An der Art und Weise, wie er dem Leser die hochaktuellen, interessanten Beiträge nahebringt, erkennt man, daß er mit deren Inhalt gut vertraut ist und mit diesem übereinstimmt.

Hier ist ein Meister seines Faches am Werk. Geschickt versteht er es, von dem hochbrisanten Artikel Rainer Rupp über Brunis Diskussionsrede und IM Heinrich zu „Mohr“ zu führen und zur Solidarität mit den Opfern politischer Justiz der BRD aufzurufen. Noch nie in meinem langen Leben (82 Jahre) habe ich eine Zeitung mehrmals und immer wieder gelesen. Der „Rotfuchs“ hat das geschafft. Wenn Ihr wüßtet, was die kleine Zeitung mir inzwischen bedeutet!

Diese Nacht, ich konnte wieder mal nicht schlafen, dachte ich an den von mir geliebten Kisch. Er hat ja auch mal eine Zeitung herausgebracht. Sie hieß einfach „Zeitung“ und erlebte nur eine Ausgabe. Das braucht das Fuchlein nicht zu befürchten.

Gretel Neumann, Dresden

* * *

Herzlichen Dank für den „Rotfuchs“ Nr. 4. Die Zeitung wird immer besser. Wir freuen uns auf Nr. 5, die sicher mehr zum Parteitag sagt. Die Rede von Bruni Steiniger finden wir sehr gut. Anbei 20 DM.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

* * *

Eine Zeitung wie den „Rotfuchs“ herauszubringen, ist eine gute Sache. Es ist ein Stück Verteidigung der Pressefreiheit, die dieser Staat zu vertreten behauptet, obwohl er im selben Atemzug rechts und links in einen Topf wirft und gegen beide unterschiedslos Front macht. Ich denke nur an das Abhören von Ferngesprächen, den großen Lauschangriff und die mannigfachen Bemühungen von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, die Leute unter Kontrolle zu halten. Man sieht da kein Ende. Ihr habt

durch Eure Artikel schon manches klargestellt. Weiter so in diesem Sinne!

Arno Fleischer, Regenbogencamp, Prerow

* * *

Heute ist die Nummer 4 des „Rotfuchs“ bei mir angekommen. Sehr einverstanden bin ich mit den Bemerkungen in Brunis Rede zur Bewahrung der Kontinuität revolutionärer Politik von Marx bis zur heutigen DKP und zur unzertrennlichen Einheit von Marxismus und Leninismus ... Obwohl ich schon manche „Modernisierer“ gefragt habe, hat mir noch niemand eine Antwort geben können, wie denn Lenins Lehren von Staat, Revolution und Kampfpartei ersetzt werden könnten - von der Imperialismus-Analyse gar nicht zu reden. Aber das ist hier im „Westen“ das rote Tuch für viele Linke, und auch das hatte ich gemeint, als ich schrieb, daß wir „anders“ in mancher Hinsicht noch ziemlich allein sind.

Was den Kampf gegen den Antikommunismus betrifft, hat Karl-Eduard von Schnitzler mit seinem Beitrag „Zum Umgang mit der DDR“ in der April-Nummer nach meiner Ansicht eine ganz grundlegende Position deutlich gemacht: „Rechtsstaat DDR gegen Unrechtsstaat BRD ...“ Diese offensive Position ist notwendig, um Illusionen über die nun wieder große deutsche BRD zu bekämpfen und zu überwinden, um den wirklichen Klassencharakter dieses Staates aufzuzeigen. Ich finde, daß Ihr mit diesem Artikel im „Rotfuchs“ eine Sache auf den Begriff gebracht habt, der für unsere Politik eine große Rolle spielt. Die braune Tradition und Gegenwart der Bundeswehr, die Duldung und Förderung faschistischer Banden, die Willkürurteile gegen DDR-Verantwortliche und Grenzsoldaten, die weitere Inhaftierung von Rainer Rupp bei gleichzeitiger Entschädigung von West-Agenten und -Saboteuren - all das findet seine Erklärung in der Bestimmung der BRD als imperialistischer Unrechtsstaat. Dazu gehören auch die aggressive Großmachtspolitik und der Sozialraub ...

Der Regen fällt nun einmal nicht von unten nach oben und der Klassenkampf wie der real existierende Klassengegner sind nach 1989 nicht zum „überholten Denkmuster“ mutiert, wie Prof. Harry Nick kürzlich im ND wortreich nachzuweisen versuchte.

Werner Hoppe, Hamburg

* * *

Inzwischen kam der neue „Rotfuchs“, schönen Dank. Leserbriefe von Carlebach und Carduck - da bin ich in guter Gesellschaft! Carduck war mein „Vormann“ in der Zeit der Illegalität - erst Anfang der 90er Jahre habe ich ihn mit seinem richtigen Namen kennengelernt. Zustimmung zum Diskussionsbeitrag von Bruni - ob sie auf dem Parteitag wohl die einzige gewesen ist, die so dezidiert von der „marxistisch-leninistischen Partei“ gesprochen hat ...? Schön, daß in Hannover zum Auftreten von Modrow Stellung genommen worden ist ... Mit Spannung warte ich auf die Reaktionen zum Beitrag von Hans Heinz Holz „Stalin als Theoretiker des Leninismus“ in der neuen Ausgabe von „Streitbarer Materialismus“. Ist ja Kurt Gossweiler gewidmet und mir aus der Seele geschrieben, erschienen im gleichen Verlag wie das Revisionismus-

Buch von Kurt. Habt Ihr übrigens gesehen, daß Dr. Harald Wessel kürzlich eine ganze Seite in der FAZ bekam, um sich als einstiger ND-Redakteur über die „letzten Tage der DDR“ zu verbreiten - offenbar auch so ein Schabowski-Lump.

Rolf Vellay, Datteln

* * *

... Von einer SPD-Regierung ist sicherlich auch kein Nachlassen der Strafverfolgung ehemaliger DDR-Funktionsträger zu erwarten. Schließlich hat sich die SPD seit '89 an jeder Treibjagd beteiligt, meist noch mit größerem Eifer als die Regierung Kohl. In vielen Briefen, die ich erhalte, beschwerten sich Genossinnen und Genossen über die offensichtlich himmelschreiende Ungerechtigkeit dieser Siegerjustiz. Aber mal ehrlich: War es nicht naiv gewesen zu glauben, daß der Klassengegner und seine Helfershelfer nach '89 nicht die Gunst der Stunde für eine gründliche Generalabrechnung mit Sozialisten und Kommunisten nutzen würden?

Gutgläubig haben sich die meisten wohl von den Versprechungen der „Modernen“ mit ihrer sogenannten Zivilgesellschaft einullenden lassen, statt von der Geschichte zu lernen, wie das Kapital stets seine Gegner nach einer gewonnenen Konterrevolution behandelt hat. Allerdings muß man auch eingestehen, daß bei der Behandlung der Besiegten die MODERNE nicht ohne zivilisatorische Wirkung auf die Sieger geblieben ist. Zumindest dem Ruf einiger Scharfmacher nach „Aufhängen“ ist man nicht nachgekommen. Unter den gegebenen Umständen war das auch nicht nötig ... Außerdem hätten härtere Maßnahmen dem sich doch so zivil und rechtsstaatlich gebenden Bonn im europäischen Umfeld nicht gut zu Gesicht gestanden. Statt physischer Vernichtung begnügte man sich mit der Vernichtung der materiellen Lebensgrundlage, der Ausgrenzung und einer nichtendenden Strafverfolgung, mit der man die DDR-Funktionsträger überzieht.

Rainer Rupp, JVA Saarbrücken

Brief Erich Gaidas an die DKP Nordost

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

Euch allen teile ich mit, daß meine 18 Monate währende Erzwingungshaft durch Beschluß der 12. Kammer des Landgerichts Berlin am 28. Mai wegen fehlenden dringenden Tatverdachts beendet wurde.

Sehr herzlich bedanke ich mich für Eure Solidarität, die Grüße und Wünsche sowie für die Zuschriften vieler Genossinnen und Genossen, die an mich gerichtet wurden. Sie vermittelten mir ständig die Gewißheit, nicht allein zu sein. Besonders schätze ich auch Eure tätige Hilfe für meine Ehefrau, die in der schweren Zeit der Verfolgung fest zu mir stand. Ich bedanke mich bei allen Genossinnen und Genossen, allen Freunden, die durch ihre persönliche Anwesenheit den bisherigen Prozeßverlauf verfolgten. Noch ist mein Verfahren nicht abgeschlossen. Wir kämpfen weiter für unsere Forderung: Schluß mit der politischen Strafverfolgung!

Mit freundlichen Grüßen
Erich Gaida

Am Rande bemerkt

□ Zur zuschauerfreundlichen (!) Fernsehzeit (nachts zwischen 3.50 Uhr und 5.25 Uhr) war kürzlich einer der interessantesten politischen Krimis zu sehen, den die DEFA produziert hat: „Ware für Katalonien“ von Richard Groschopp – Erstaufführung am 13. März 1959. Der Film, gedreht nach einem Fall aus der real existierenden politischen Kriminalität Ende der fünfziger Jahre, zeigt den Kampf der Volkspolizei gegen eine von Westberlin aus operierende internationale Bande, die optische Geräte aus der DDR schmuggelt.

„Das ist der beste Kriminalfilm, den unsere DEFA bisher gedreht hat“, schrieb Karl-Eduard von Schnitzler im „Film Spiegel“ vom Juli 1959. „Die Autoren haben nichts konstruiert, sondern einen realen Kriminalfall mit dichterischer Freiheit so in Szene gesetzt, daß das von vorne bis hinten stimmt: Personen, Motive, Verhaltensweisen, Milieu – die ganze Handlung. Dabei wird nicht schwarzweiß gezeichnet: Die Verbrecher sind gut differenziert, die Verbrechensbekämpfer keine Supermänner, sondern fleißige Arbeiter und logische Denker. Die Sprache ist echt, die Handlungsorte in Westberlin sind treffend ... Dieser Film ist spannend und aufregend, obwohl von Anfang an keine Unklarheit darüber gelassen wird, wer die Täter sind, und obwohl kein Zweifel besteht, daß sie schließlich gefaßt und der gerechten Strafe zugeführt werden. ...

Das alles ist derart der Wirklichkeit entnommen, daß der Besucher dieses Films kaum mehr murren wird, wenn er gelegentlich seinen Ausweis vorzeigen muß und an den Berliner Grenzen kontrolliert wird. Er wird auch verstehen, warum Westberlin nicht länger als ‚Pfahl im Fleisch der DDR‘ geduldet werden kann ...“ Von den heute noch bekannten Schauspielern hebt Kled u. a. Norbert Christian hervor: „Es muß wiederum ... gesagt werden, mit welchem Einfühlungsvermögen und welcher Präzision dieser Schauspieler aus kleinen Rollen ‚große‘ macht und sich dem Zuschauer selbst mit nur ein paar Sätzen einprägt.“

□ „Drei Uhr. Totenstille im Saal. Eine Portiere teilt sich, und der Tribüne nähert sich langsam die weißhaarige Clara. Sie wird von zwei Frauen geführt, kommunistischen Abgeordneten. Als Clara die Stufen zur Präsidententribüne ersteigt, birzt die Stille vom donnernden Gruß der kommunistischen Fraktion. Dreimal dröhnt ‚Rot Front!‘ durch den still gewordenen Saal. Clara hat die Tribüne erstiegen. Sie nimmt auf dem Präsidentensitz Platz. Eine Woche lang wurde ihr von der Presse sämtlicher bürgerlicher Parteien und Richtungen erbarmungslos zugesetzt. Man drohte ihr mit Verletzung der Immunität, Polizeirepressalien und Verhaftung, ja sogar mit Prügel und Totschlag. Aber nichts konnte die alte Kommunistin einschüchtern. All ihre Kraft aufbietend, ist sie hergekommen, und hier, von diesem hohen Platze aus, im Angesicht des Feindes, erhebt sie ihre Stimme. Ihre kämpferischen Worte rufen die Arbeitermassen zum Kampf auf, zum Kampf gegen den Kapitalismus und seine Lakaien.“

Mit diesem Zitat (das noch in der Übersetzung von der schriftstellerischen Kraft des Autors zeugt) aus „Clara eröffnet den Reichstag“ gedenken wir des 65. Todestags von Clara Zetkin

(20. Juni 1933) und erinnern anlässlich seines 100. Geburtstags (12. Juni 1898) an den großen, nur 43 Jahre alt gewordenen sowjetischen Reporter und Feuilletonisten, Internationalisten und Spanienkämpfer Michail Kolzow.

Kolzow war während seines Studiums in Petrograd mit revolutionär gesinnten Studenten in Berührung gekommen. Nach der Februarrevolution begann seine aktive politische und journalistische Tätigkeit. Im Jahr 1918 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei. Während des Bürgerkrieges arbeitete er in der Armee- und Presse, danach in der Prawda. Er schrieb vorwiegend Feuilletons (über 1800) und Skizzen. Mit den Mitteln der Satire entlarvte er die Vertreter des Imperialismus und die weißgardistischen Elemente im Ausland und bekämpfte jene Erscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft, die den Aufbau des Sozialismus hemmten. Daneben gab er eindrucksvolle Bilder von der schöpferischen Arbeit der Sowjetmenschen. Sein (leider unvollendet gebliebenes) Buch „Das spanische Tagebuch“ (deutsch „Die rote Schlacht“, 1960) gehört zu den wichtigsten literarischen Zeugnissen des spanischen Bürgerkriegs.

Besonders eng waren seine Kontakte zu Maxim Gorki. Mit ihm war er in der Redaktion der avantgardistisch gestalteten, in mehreren Sprachen erschienenen Zeitschrift „UdSSR im Bau“, und seiner Initiative verdankte die literarische Monatszeitschrift „Das Wort“ (das bedeutende Organ der deutschen antifaschistischen Literatur) ihr Erscheinen in Moskau ab 1936. Die letzte mir bekannte deutschsprachige Veröffentlichung Kolzows ist ein Bändchen mit fünfzehn seiner besten Feuilletons (das 1968 bei Reclam in Leipzig erschien und 1974 in einer Lizenzausgabe beim Röderberg-Verlag in Frankfurt am Main).

□ Aus Anlaß des 170. Geburtstages des russischen revolutionären Schriftstellers Nikolai Tschernyschewski (geb. am 24. Juli 1828 in Saratow) verrate ich Rotfuchs-Lesern den Titel eines meiner Lieblingsbücher: „Was tun?“ – Aber nicht auf das mir auch wichtige Werk von Lenin (aus dem Jahr 1902), sondern auf den fast vierzig Jahre zuvor unter demselben Titel erschienenen Roman (Untertitel: Aus Erzählungen von neuen Menschen) N. G. Tschernyschewskis will ich hinweisen. Um Tschernyschewski zu lesen, lernte der alte Marx noch Russisch. Clara Zetkin, Kropotkin, August Bebel haben das Werk ebenso begeistert rezensiert wie Christo Botew, Hermann Duncker und Georgi Dimitroff.

„Nach der Hinrichtung meines Bruders“, schreibt Lenin 1904, „da ich wußte, daß Tschernyschewskis Roman zu seinen Lieblingsbüchern gehörte, begann ich den Roman gründlich zu lesen ... Da erst verstand ich, wie tief er ist. Dieses Werk gibt Kraft fürs ganze Leben.“ Dimitroff schreibt 1935: „Ich muß sagen, es hat weder vorher noch später auch nur ein einziges Werk gegeben, das so stark meine revolutionäre Erziehung gefördert hätte wie Tschernyschewskis Roman.“

Mit etwas Glück müßte das eine oder andere Exemplar des in vielen Auflagen vom Aufbau-Verlag veröffentlichten, aber in diesen Zeiten „natürlich“ nicht mehr lieferbaren Buchs in dem einen oder anderen Antiquariat noch zu finden sein. Die Mühe, danach zu suchen, lohnt sich!

W. M.

Herzliche Glückwünsche

Einem gebildeten, standhaften, erprobten, disziplinierten und noch in hohem Alter beispielgebend aktiven Kommunisten unseren revolutionären Gruß!

BRUNO LAUB

wird am 2. Juli 1998 erst
96 Jahre alt!

Du bist rühriger als zwei
48jährige!

Herzlichst
Deine DKP Nordost

Am 23. Juni 1998 begeht

**Genosse Oberst a.D.
ERICH GAIDA**

seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren dem von der Klassenjustiz kriminalisierten und vor Gericht gestellten, von November 1996 bis Mai 1998 widerrechtlich in Haft gehaltenen Tschekisten und Kämpfer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

DKP Nordost

Helga und Peter haben im Juni ein weiteres Jahr abgebissen. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag.

AUSSTELLUNG

in der Christburger Str. 3,
Baobab-Info-Laden
(geöffnet bis Mitte Juli)

Taube mit Krallen

DAS BASKENLAND EUSKADI:
MENSCHEN - KUNST - PICASSO ÜBERALL

Picassos weltaufrüttelndes Gemälde Guernica kennt hierzulande nahezu jeder. In Euskadi hängen Kopien in jedem zweiten Haus. Doch wer bei uns weiß Näheres über jenes Land oder über Gernika (baskisch), dessen heilige Stadt? 1937 wurde es durch die deutsch-faschistische Luftwaffe ausradiert. Der Bombenangriff bildete den Auftakt zur Niederwalzung friedlicher Städte in fast ganz Europa. Einen Teileindruck von Euskadi vermitteln in dieser Ausstellung erstmals im deutschen Raum gezeigte künstlerische Fotos und Plakate.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die DKP Nordost lädt ihre Mitglieder, Sympathisanten und Freunde sowie Genossinnen und Genossen anderer Parteigruppen zu einer Veranstaltung mit dem Historiker Dr. Kurt Gossweiler am

Dienstag, dem 28. Juli 1998 um 19.00 Uhr im Parteilokal Franz-Mehring-Platz 1, Raum 306,

herzlich ein.

THEMA: WIDER DEN REVISIONIMUS

Wir diskutieren mit dem Autor des gleichnamigen Bestsellers.



Gedanken zu einem Bild: Denkt auch an mich!

Pakistan am Tag der ersten islamischen Kernwaffenzündung. Betende, die eigene Bombe wie ein Wunder Allahs anbetende Moslem-Frauen in Islamabad. In ihrer Mitte ein kleines Mädchen. Unverschleiert, offenen Gesichts. Als wollte es fragen: Denkt ihr auch an mich? Die Nachfahren jener in Washington, welche einst Hiroshima und Nagasaki samt deren Einwohnern zu atomarem Staub versengten, heucheln jetzt moralische Entrüstung und verhängen Sanktionen über die Staaten der neuen Generation von Atomwaffenbesitzern. Dennoch - durch Indiens und Pakistans Eintritt in den Nuklearklub ist die Welt noch unsicherer geworden. 50 bis 60 Staaten heißt es, seien heute theoretisch imstande, die Bombe zu bauen. Eine schreckliche Realität! Doch weitaus schlimmer: Seit dem Abtritt der UdSSR gibt es keine Macht mehr in der Welt, die dem Wahnsinn Einhalt gebieten könnte. Denkt ihr auch an mich?, fragt das kleine Mädchen.

Rotfuchs-Rätsel

„Sie wollen in dieser wunderlichen und furchtbaren Zeit (eine oppositionelle Zeitschrift herausgeben) ... Alsdann werden Sie an Throne stoßen, und wenn auch nicht denen, welche auf denselben sitzen, doch denen mißfallen, welche dieselben umgeben. Sie werden alles gegen sich haben, was groß und vornehm auf der Welt ist, denn Sie werden die Hütten vertreten gegen die Paläste und die Sache der Schwachen führen gegen die Hand der Starken. Zugleich werden Sie von Gleichen Widerspruch erfahren teils über Grundsätze, teils über Tatsachen. Sie werden sich verteidigen und, wie ich hoffen will, glücklich. Und dadurch werden Sie neue Feindschaft wider sich erwecken. Mit einem Wort, Sie werden in mannigfache Händel verwickelt werden.“

Wer ist der Autor dieses (nicht an den Herausgeber des „Rotfuchses“ gerichteten) Briefes, wann und an wen wurde er tatsächlich geschrieben?

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä, Harry Schmitt
Walter Florath, Wolfgang Metzger,
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Rainer Rupp, Dr. Siegmund Eßbach
Dr. Gerhard Feldbauer,
Dr. Hartwig Strohschein

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.